

**Wer führt?
Bundesländer-Benchmarking 2004**

Susanne Blancke

Susanne.Blancke@bmgs.bund.de

Horst Hedrich

Horst.Hedrich@gmx.de

Josef Schmid

Josef.Schmid@uni-tuebingen.de

Institut für Politikwissenschaft

Professur für politische Wirtschaftslehre

Melanchthonstr. 36

72074 Tübingen

<http://www.sowi.uni-tuebingen.de/wip>

EBERHARD KARLS

UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Zu den Autoren:

Susanne Blancke

Referentin im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Horst Hedrich

Student. Mitarbeiter

Josef Schmid

Professor für Politische Wirtschaftslehre & Vergleichende Politikfeldanalyse an der
Universität Tübingen

ISSN 1614-5925

© Tübingen 2005

Blancke/Hedrich/Schmid

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und ausschließlich in der von der WiP-Redaktion veröffentlichten Fassung - vollständig und unverändert! - darf dieses Dokument von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Benchmarking – Begriffe, Konzepte und angewandte Methode	2
2.1	Konzeptionelle Grundlagen	2
2.2	Fälle und Formen der Anwendung	4
2.3	Benchmarking durch die Radar-Chart Methode	7
3	Teilstudie I: Das Wichtigste in Kürze: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Benchmarking	9
4	Teilstudie II: Arbeitsmarkt-Benchmarking 1998 und 2003	14
4.1	Zur Analyse herangezogene Arbeitsmarktindikatoren	14
4.2	Benchmarking der Einzelindikatoren	15
4.2.1	Arbeitslosigkeit	15
4.2.2	Erwerbsbeteiligung	17
4.2.3	Langzeitarbeitslosigkeit	18
4.2.4	Frauenarbeitslosigkeit	20
4.2.5	Jugendarbeitslosigkeit	22
4.2.6	Altersarbeitslosigkeit	24
4.3	Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Arbeitsmarkt-Benchmarking	25
5	Teilstudie III: Wirtschafts-Benchmarking 1998 und 2002	36
5.1	Zur Analyse herangezogene Arbeitsmarktindikatoren	36
5.2	Ökonomische Performanz: Benchmarking der Einzelindikatoren	37
5.2.1	Bruttowertschöpfung	37
5.2.2	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe	39
5.2.3	Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe	40
5.2.4	Sozialhilfequote	41
5.2.5	Investitionen	42
5.2.6	Insolvenzen	44
5.3	Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Wirtschafts-Benchmarking ...	45
	Literatur	55

Zusammenfassung

Das Bundesländer Benchmarking 2004 basiert auf einer Untersuchung ausgewählter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren in den deutschen Bundesländern. Hierfür wurden drei Benchmarkings nach der Radar-Chart Methode vorgenommen: Eines, welches alleine Arbeitsmarktindikatoren betrachtet; eines, welches alleine Wirtschaftsindikatoren betrachtet; und eines welches gemischte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren beleuchtet. Verglichen wurden die Länder untereinander im Querschnitt zu zwei Zeitpunkten – 1998 und 2003, bzw. 2002. Gleichzeitig wurde im Längsschnittvergleich die Veränderung der Gesamtperformanz der Länder im Benchmarking verglichen. Neu aufgenommen in die Liste der Indikatoren wurde die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer.

Deutlich werden in unserem Ranking insbesondere die relativ guten Positionen der süddeutschen Bundesländer und die schlechte ökonomische und arbeitsmarktliche Situation der ostdeutschen Länder. Wie auch schon in vorangegangenen Benchmarkings zeigt sich auch bei diesem eine relative Stabilität der Länderpositionen im Zeitvergleich.

Abstract

The “Benchmarking of the German Federal States 2004” is based on a study of carefully selected labour market and economic indicators. Working with the radar chart method, the authors present three different benchmarks: one illustrates only labour market indicators, a second focuses solely on economic aspects, and a third benchmark combines the first two indicators to examine the overall performance of the German Federal States. The states were compared on the basis of analyses of the years 1998 and 2003, or 2002 respectively. Concurrently, the change in the states’ overall performances between the two periods was a matter of particular interest. The list of indicators did include, for the first time, unemployment rates among older employees.

The relatively good performance of the states in the southern part of Germany as opposed to the poor economic and labour market situation of the states in the eastern part is especially significant in our ranking. As in our previous benchmark ratings, a certain stability in the performance of each state over a particular period of time becomes apparent.

1 Einleitung

Die Bundesländer unterliegen in Deutschland einer ambivalenten Beurteilung: Einerseits stehen sie in hohem Maße im Schatten des Bundes, den Landesregierungen sind in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden. Die wichtigsten Kompetenzen liegen beim Bund und die Öffentlichkeit nimmt sie nur sehr begrenzt wahr. Einem ausgeprägten Wettbewerbsföderalismus, so wird zu Recht behauptet, stehen immense institutionelle Restriktionen entgegen. Die Reformdebatte wird entsprechend auch von jenen Stimmen dominiert, die eine höhere finanzielle und legislative Autonomie der Länder fordern (vgl. z.B. Arndt 2000). Andererseits sind die Länder, bzw. ihre Regierungen, durchaus in der Lage, wichtige ökonomische Parameter durch ihre Politik längerfristig zu beeinflussen – etwa durch den gezielten Einsatz finanzieller Ressourcen in der Innovations- und Technologieförderung, der Mittelstandsförderung, in der Infrastruktur, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und im Bildungswesen. Und vor allem herrscht durchaus mehr Heterogenität als oftmals unterstellt (vgl. auch Schmid/ Blancke 2001; Blancke 2004).

Diese Beobachtungen haben wir im Jahr 2001 zum Anlass genommen, die Bundesländer einer näheren Betrachtung zu unterziehen und ihre Performanzindikatoren im Rahmen eines Benchmarkings zu vergleichen (Blancke/Lindlohr/Schmid 2001). Damit sollte die Heterogenität der Lebensverhältnisse sowie die der ökonomischen und arbeitsmarktlichen Leistungsfähigkeit in Deutschland illustriert und schließlich eine Voraussetzung für die Analyse der Landespolitiken und ihrer Wirkungsweise geschaffen werden. Unter der Fragestellung „Wer führt?“ wurde ein Ranking der Länder anhand ausgewählter und standardisierter Indikatoren aufgestellt (zum Konzept und zur Methode vgl. Abschnitt 2).

Mit der vorliegenden Studie wird nun das dritte Bundesländer-Benchmarking vorgelegt. Neben der Aktualisierung der Daten (das erste Benchmarking betraf die Jahre 1993 und 1998 bzw. 1999, das vorliegende die Jahre 1998 und 2003, bzw. 2002¹) wurden einige methodische Modifikationen und Anpassungen vorgenommen (vgl. Abschn. 2). Dadurch sind die Rankings nicht uneingeschränkt vergleichbar; in künftigen Untersuchungen soll dies gewährleistet werden.

Wenngleich die Leistungsfähigkeit der Länder mit einem solchen Benchmarking gut abgebildet werden kann, so ist doch vor voreiligen Schlussfolgerungen, die Kausalzusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Performanz und Staatstätigkeit herstellen, zu warnen. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass die

¹ Die Auswahl des Vergleichjahres 2003 für das Arbeitsmarkt- und 2002 für das Wirtschafts-Benchmarking geht auf die Verfügbarkeit der Daten zurück.

Länderregierungen mit äußerst unterschiedlichem „Material“ arbeiten. Sie operieren im Rahmen stark divergierender, über Jahrzehnte herausgebildeter Wirtschaftsstrukturen und sehr spezifischen Problemlagen – man denke alleine an die besondere Situation in Ostdeutschland oder die sehr unterschiedliche Größe der Bundesländer. Hinzu kommt, dass makroökonomische Parameter, etwa das Steuersystem, die bundesstaatliche Haushaltslage, Bundesprogramme, Lohnpolitik oder die Weltkonjunkturlage ebenfalls (und aufgrund der divergierenden Wirtschaftsstrukturen zum Teil in ganz unterschiedlicher Weise) auf die Länder und Regionen wirken. All diese Umstände erlauben kaum Rückschlüsse auf die Leistungen der kurzfristigen Regierungstätigkeit. Dennoch lohnt sich auf der Basis des Benchmarkings ein Blick auf die Musterländer: Was sind die Ursachen ihrer besonderen Stärke? Können in anderen Ländern ähnliche Bedingungen geschaffen, d.h. kann von den Nachbarn gelernt werden? Oder sind die Erfolgsrezepte nicht übertragbar? Und für die schwächeren Länder stellen sich ähnliche Fragen. Mit der Identifikation der spezifischen Schwächen ist der erste Schritt getan, um die Ursachen zu erkennen, die Schwäche zu interpretieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

2 Benchmarking – Begriffe, Konzepte und angewandte Methode

2.1 Konzeptionelle Grundlagen

Das Konzept des Benchmarking als Steuerungsmethode entstammt dem privatwirtschaftlichen Management und ist eine spezifische Methode des Vergleichs mit Hilfe von Kennzahlen (Benchmarks), die im Allgemeinen auf abgrenzbare Teile von Organisationen angewandt wird. Es ist eine Methode, mit der relevante Daten systematisch gesammelt und ausgewertet werden. Die dabei gewonnen Erkenntnisse sollen zur Verbesserung der Performanz der eigenen Organisation beitragen. Schule gemacht hat das Beispiel des Xerox-Konzerns, der Ende der 70er Jahre ein Benchmarking seiner Lagerhaltung und Logistik durchgeführt hat. Mit Hilfe des kennzahlengestützten Vergleichs der eigenen Lagerhaltung mit der als vorbildlich befundenen Lagerhaltung und Logistik einer Handelsfirma begann Xerox einen systematischen Lernprozess, der zu einer Steigerung der eigenen Performanz und dadurch zu einer Verbesserung der Lage des Unternehmens im Verhältnis zu seinen Mitbewerbern führte (Schütz/Speckesser/Schmid 1998).

Dieses Beispiel zeigt einige Charakteristika des Benchmarking-Prozesses. Es muss zum einen ein Vergleichspartner gefunden werden, der eine „Best Practice“ vorweisen kann. Zudem sollte eine ausreichende Vergleichbarkeit gegeben sein; diese muss jedoch nicht notwendigerweise bei ähnlichen Gesamtorganisationen wie den eigenen

Mitbewerbern gefunden werden. Schließlich ist der Vergleich mit Hilfe der Kennziffern nur ein erster Schritt eines internen Lernprozesses. Die Ergebnisse des Vergleiches müssen in Handlungsanweisungen übersetzt und die Beschäftigten des betroffenen Bereiches von deren Umsetzung überzeugt werden, damit eine positive Veränderung erreicht werden kann.

Jenseits dieses Beispiels können verschiedene Formen des Benchmarking unterschieden werden:

- ⊙ Beim internen Benchmarking werden Teile derselben Organisation miteinander verglichen bzw. gegeneinander „gebenchmarkt“. Dies kann der Leistungssteigerung durch internen Wettbewerb dienen. Je nach Verfahren werden der Controlling-Aspekt oder Ziele des Qualitätsmanagements stärker betont (Bandemer 1998). Anregungen von außen erhält die Organisation beim internen Benchmarking naturgemäß nicht.
- ⊙ Beim externen Benchmarking muss eine andere Organisation als Partner gefunden werden, mit der sich der Vergleich lohnt. Wegen verschiedener Rahmenbedingungen können Probleme der Vergleichbarkeit auftreten.
- ⊙ Eine Art dritter Fall stellt ein theoretisches Benchmarking dar („benchmarking against a standard“, OECD 1997: 4). Es wird nicht die „Best Practice“ gesucht, sondern ein für erreichbar gehaltenes Performanz-Optimum als Zielvorgabe festgelegt. Es gibt jedoch keine Kontrolle darüber, ob dieses Ziel tatsächlich erreichbar ist. Das Lernen von anderen wird in diesem Fall nur dann möglich, wenn mehrere vergleichbare Organisationen am selben Standard gemessen werden.

Neben der Frage, mit wem oder was sich eine Organisation misst, stellt der Gegenstand des Benchmarking eine weitere Unterscheidungsdimension dar. Dies kann entweder ein **Prozess** oder eine **Performanz** sein. Ursprünglich war Benchmarking ein Instrument zur Verbesserung von Prozessen, die sich einem quantitativen Vergleich betriebswirtschaftlicher Daten entziehen. Wird dieser Blickwinkel gewählt, steht die Suche nach dem besten Verfahren im Mittelpunkt.

Mit einem Benchmarking von Performanz, wie für die vorliegende Studie gewählt, wird alleine entlang von **Leistungsindikatoren** gearbeitet. Erst in einem weiteren Schritt kann dann ein „bester“ Prozess ausfindig gemacht werden (OECD 1997: 4). Benchmarking ist hier also ein Black-Box-Verfahren: Das genaue 'Innenleben' des betrachteten Systems ist nicht bekannt, so dass sich Kausalzusammenhänge nicht direkt herstellen lassen. Durch systematische Beobachtung der Inputs und Outputs des Systems lassen sich jedoch plausible Annahmen über die Wirkung von Prozessen auf die Performanz machen.

2.2 Fälle und Formen der Anwendung

Ausgehend von Unternehmen hat Benchmarking als Steuerungsmethode auch in Politik und Verwaltung Eingang gefunden. So ist Qualitätsmanagement ein zentraler Punkt in der Debatte um die Modernisierung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung geworden, der sich in der Ausschreibung von Qualitätspreisen in diversen OECD-Ländern (Schütz/Speckesser/Schmid 1998: 10f.) oder im Benchmarking kleinerer, abgrenzbarer Teile einer Verwaltung manifestiert (Bandemer 1998). Auch wurden in verschiedenen Ländern Benchmarking-Prozesse in Gang gesetzt und von der OECD mitverfolgt: International vergleichende Studien liegen insbesondere für den Telekommunikationssektor, für das Erziehungswesen und für die Gesundheitssysteme vor (OECD 1997). Folgende Beispiele sind besonders relevant und für unser Vorhaben einschlägig:

- ⊙ Die **OECD** sammelt und vergleicht Daten ihrer Mitgliedstaaten aus verschiedenen Bereichen. Es werden Rankings vor allem der wirtschaftlichen Performanz erstellt, bei denen auch Benchmarks eine Rolle spielen. Im Rahmen der jährlichen Employment Outlooks werden auch Arbeitsmärkte systematisch verglichen. Als Erfolgsfaktor der Arbeitsmarktentwicklung wird nicht die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, sondern recht allgemein die wirtschaftliche Dynamik betrachtet (siehe OECD div. Jg.).
- ⊙ Dem Benchmarking als politischem Steuerungsinstrument verhalf vor allem die **Europäische Union** zum Durchbruch. Die Europäische Kommission benutzte den Begriff des Benchmarking erstmals in einer Mitteilung der Kommission 1996, die sich mit der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beschäftigte (Tidow 1999: 303). Diese industriepolitische Anwendung des Benchmarking ist weiter ausgebaut worden; so wurde im Jahr 2000 mit dem Aufbau eines Kataloges von Gradmessern für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen begonnen (vgl. FAZ v. 11.04.2000).
- ⊙ Ein weiteres Feld zur Anwendung des Benchmarking in der **Europäischen Union** wurde im Zuge der Europäischen Beschäftigungsstrategie erschlossen. Bereits auf dem Europäischen Rat in Dublin Ende 1996 wurden die Möglichkeiten eines Benchmarking der Arbeitsmärkte und Arbeitsmarktpolitiken der Mitgliedstaaten erörtert (vgl. Toma 1997). In Folge des Luxemburg-Prozesses und mit der Verankerung des Beschäftigungskapitels im EG-Vertrag durch den Amsterdamer Gipfel gelangte dies auch zur Umsetzung. Die Kommission veröffentlicht nun in ihren Beschäftigungsberichten die Ergebnisse ihrer Monitoring-Tätigkeit sowie eine Reihe von Best Practices insbesondere der Arbeitsmarktpolitik. Es wird ein Arbeitsmarkt-Leistungsvergleich erstellt, in den je drei Indikatoren der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit sowie drei beschäftigungsrelevante Wirtschaftsindikatoren eingehen, die gleich gewichtet werden. Diese sind das *Beschäftigungswachstum*, die *Beschäftigungsquote* und die

Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten; die Arbeitslosenquote, die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit sowie das reales Wachstum des BIP, das Wachstum der Arbeitsproduktivität und die realen Lohnstückkosten (Rosin 2000). Neben der Analyse erhofft sich die Kommission von diesem Verfahren die Erzeugung „politisch-psychologischen Drucks“ (Rosin 2000: 7), die die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien in den Mitgliedstaaten befördert – Benchmarking wird hier also zum Instrument politischer Steuerung.

- Wirtschaftliche Dynamik, Arbeitsmärkte und Staatstätigkeit sind Faktoren, die in das Internationale Beschäftigungsranking der **Bertelsmann Stiftung** einfließen, das erstmals im Jahr 1996 und erneut 1998 sowie 2000 erhoben wurde. Die Studie verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll der beschäftigungspolitische Erfolg bzw. Misserfolg verschiedener Industrieländer einander gegenüber gestellt werden; zum anderen wird nach ökonomischen Einflussgrößen gesucht, die geeignet sind, die beobachtbaren Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung zu erklären (Bertelsmann Stiftung 2000: 242). Ersteres wird mit der Zielgröße gemessen, die sich aus Arbeitslosenquote und Beschäftigungswachstum zusammensetzt und in die Endpunktzahl zur Hälfte einght. Der Wirkungsfaktor setzt sich aus sieben der erwähnten Einflussgrößen zusammen, die gewichtet werden. Diese sind als Indikator für wirtschaftliche Dynamik die *Bruttoanlageinvestitionen* (positiv), als finanzpolitischer Faktor die *Staatsquote* (negativ), aus dem Bereich Arbeitsmarktpolitik der *Aktivierungsgrad*, also der Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben für Arbeitsmarktpolitik (positiv) sowie als Indikator für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der (geringe) *Anteil der Langzeitarbeitslosen*. Im Einflussbereich „Tarifpartner“ gehen die Faktoren *Teilzeit* (Anteil der Teilzeit- an der Gesamtbeschäftigung) positiv, der Anstieg der nominalen Lohnstückkosten sowie die *Streikhäufigkeit* negativ ein. Alle neun Faktoren werden als Durchschnittswert eines Zeitraums von meist fünf Jahren berechnet und aufgrund der besten (10 Punkte) und schlechtesten (1 Punkt) Performanz standardisiert (Bertelsmann Stiftung 2000).²

² Mit dem Leistungsvergleich der Europäischen Kommission hat das Internationale Beschäftigungsranking gemein, dass Wirkungs- und Zielgrößen in einen gemeinsamen Indikator eingehen. Bei der Kommission ist dies jedoch in geringerem Maße der Fall. Vor allem aber handelt es sich um Variablen, bei denen der angenommene Kausalzusammenhang allgemein anerkannt ist: Wachstum fördert Beschäftigung, ein Anstieg der Lohnstückkosten hemmt sie. Innovativ und umstritten zugleich ist die Auswahl der Wirkungsfaktoren in der Studie der Bertelsmann Stiftung. Trefflich lässt sich streiten, ob die Streikhäufigkeit ein relevanter Einflussfaktor auf die Beschäftigungsentwicklung der westlichen Welt der 90er Jahre darstellte. Auch einen direkten Zusammenhang von hoher Staatsquote und negativer Beschäftigungsentwicklung mag man bestreiten. Letztlich unterliegt aber jeder Versuch, mit gemischten Faktoren über ein reines Performanz-Benchmarking hinauszugehen, erheblichen Auswahl- und Begründungsproblemen.

- ⊙ Die **Bertelsmann-Stiftung** hat zudem mittlerweile ebenfalls ein Benchmarking der Bundesländer vorgelegt (Bertelsmann-Stiftung 2001, 2003), das sich aus zwei Teilen, einem Erfolgsindex und einem Aktivitätsindex zusammensetzt. Der Erfolgsindex umfasst die Indikatoren *Arbeitslosen- und Erwerbsquote* (Beschäftigung), *Bruttoinlandsprodukt pro Kopf* und *Wachstum des BIP* (Einkommen), *Anteil der Sozialhilfeempfänger* und *Anteil der nicht aufgeklärten Straftaten* (Sicherheit). Der Aktivitätsindex umfasst *Ausbildungsstellenrelation*, *Insolvenzhäufigkeit*, *Welthandelsanteil*, *erteilte Unterrichtsstunden*, *vertikale Leistungen an die Länder*, *absolute Leistungen im Länderfinanzausgleich*, *öffentliche Beschäftigung*, *Zinssteuerquote*, *Gewerbesteuerniveau*, *Sozialhilfeniveau*, *Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik* sowie *Ausgaben für Hochschulen*. Wieder werden Punkte von 1 (schlechtester Wert) bis 10 (bester Wert) vergeben und die Indikatoren gewichtet. Bei dieser Wahl der Indikatoren werden im Gegensatz zum internationalen Beschäftigungsranking die genannten Probleme, die mit der Aufnahme von Wirkungsfaktoren ins Ranking verbunden sind, weitgehend vermieden.
- ⊙ Das **Wissenschaftszentrum Berlin** (WZB) hat sich ferner bemüht, Benchmarking als sozialwissenschaftliche Methode weiterzuentwickeln (Schütz/Speckesser/ Schmid: 1998). Für den vorliegenden Fall – das Benchmarking von Bundesländern – gilt, dass es bezüglich der Arbeitsmarktpolitiken eher handhabbar ist als ein internationales Benchmarking, da beim letztgenannten erhebliche Probleme der Vergleichbarkeit auftreten können. Aus dem WZB stammt auch die Anwendung des Radar-Chart Verfahrens für Benchmarking von Arbeitsmarktperformanzen. Durch Standardisierungen und Flächenberechnungen wird hierbei die Gesamtberechnung mehrerer Leistungsindikatoren in einem integrierten Gesamtindikator ermöglicht (Speckesser/Schütz/Schmid 1998; Mosley / Mayer: 1999).
- ⊙ Die **Prognos AG**, ein kommerzielles Beratungsinstitut, hat mit seinem Zukunftsatlas 2004 ebenfalls ein Benchmarking erarbeitet, das seine Untersuchungseinheit v.a. auf der Ebene der Landkreise angesiedelt hat. Ziel ist es, auf der Basis von Daten zu Demographie, Arbeitsmarkt, Sozialer Lage und Wohlstand sowie Wettbewerbsfähigkeit die Zukunftsfähigkeit und Entwicklungsdynamik von Regionen zu ermitteln (Prognos 2004).
- ⊙ Ähnlich verhält es sich mit der Studie des **Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung, dass die demographische Zukunft der Nation abgeschätzt hat. Hier wird das Bild ebenfalls durch ökonomische Faktoren (BIP, Kaufkraft, Erwerbstätigkeit etc.) und Daten zu Bildung und Flächennutzung ergänzt (Berlin-Institut 2004).

2.3 Benchmarking durch die Radar-Chart Methode

Dieses vom WZB empfohlene Verfahren wurde dem vorliegenden Benchmarking zugrunde gelegt. Als Referenzpunkte wurden die Jahre 1998 und 2003, bzw. 2002 gewählt. Die Daten wurden für beide Jahrgänge gemeinsam standardisiert. Dies hat den Vorteil, nicht nur Aussagen über relative, sondern auch über absolute Veränderungen treffen zu können. So kann nun z.B. klar geprüft werden, ob ein Bundesland im Ranking deswegen zwei Plätze aufsteigt, weil es seine Performanz verbessern konnte, bzw. weil sich die Performanz nur weniger stark verschlechtert hat, als bei den restlichen Bundesländern. D.h. nicht nur die relativen Positionen, sondern auch die Veränderung des Performanz-Niveaus wird in dem vorliegenden Benchmarking mit abgebildet.

Die Standardisierung der Daten erfolgt, indem für jeden Indikator dem besten Performanzwert zu beiden Zeitpunkten der Wert 1, dem schlechtesten der Wert 0 zugeordnet wird. Alle anderen Werte werden im Verhältnis dazu entsprechend umgerechnet. Die schlechtesten und besten Werte werden also als Bezugsgröße gewählt. Dies hat zur Folge, dass einzelne „Ausreißer“ nach oben oder unten den „Ton angeben“ – ebenfalls der Grund, warum bei dem Wirtschaftsranking die Stadtstaaten nicht aufgenommen wurden: In den Ballungsräumen stellt sich die sozioökonomische Situation völlig anders dar als im ländlichen Bereich. So ist die Bruttowertschöpfung aber auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger ausgesprochen hoch. Dies hätte eine Orientierung entlang der Stadtstaaten (als best bzw. worst cases bei mindestens zwei Indikatoren) zur Folge und würde zu erheblichen Verzerrungen bei der Einordnung der anderen Länder führen³. Zwar gelten die genannten Überlegungen theoretisch auch für das Arbeitsmarkt-Benchmarking, dennoch wurden hier die Stadtstaaten mit aufgenommen: Durch die schlechten Arbeitsmarktdaten der ostdeutschen Länder kommt es im Gegensatz zum Wirtschaftsranking zu keinen Verzerrungen durch die Stadtstaaten. Was in Bezug auf die westdeutschen Bundesländer „Ausreißer“ sind, ist in Ostdeutschland leider als der Normalfall einzustufen.

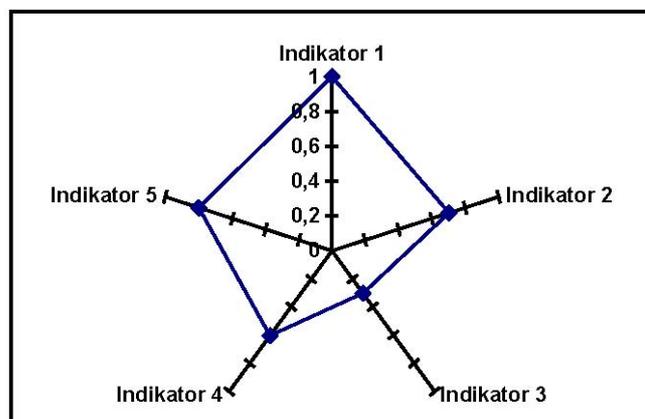
Mit dem Verfahren können aufgrund der Standardisierung zudem keinerlei Aussagen über die absolute Stärke oder Schwäche der Länder getroffen werden, es handelt sich lediglich um ein Verfahren, welches die Position der Länder relativ zueinander bestimmt. Gleiches gilt dementsprechend hinsichtlich des absoluten Abstands zwischen der besten und schlechtesten Performanz bzw. der Zuordnung der anderen Länder zwischen 1 und 0. Wie dramatisch schlechter oder besser ein Land im

³ Hier haben wir es mit einem grundsätzlichen (und ungelösten) Problem des „best performance Ansatzes“ und des Benchmarkings zu tun – die Vergleichseinheiten divergieren oftmals in hohem Maße.

Verhältnis zum anderen ist, kann auf diesem Wege nicht ermittelt werden, hier ist die zusätzliche Betrachtung der absoluten Werte notwendig. Lediglich der Längsvergleich erlaubt eine ergänzende Aussage, über die absoluten Performanz-Veränderungen. Ausgehend vom – relativ bestimmten – Basisjahr, kann sowohl die Richtung als auch die Stärke der Performanz-Veränderung bestimmt werden.

Die standardisierten Daten werden in einem mehrachsigen Diagramm abgetragen, womit die Performanz der einzelnen Länder hinsichtlich der jeweiligen Indikatoren visualisiert wird. Die Gesamtp Performanz schließlich, welche die „Listenplätze“ der Länder bestimmt, ergibt sich aus der Berechnung der dadurch entstehenden Fläche (Surface Measure of Overall Performance – SMOP) (ausführlich vgl. Mosley/Mayer 1999; Blancke/Schmid 2000: 5 ff.).

Schaubild 1 Radar-Chart



Insgesamt bestehen, bei n Indikatoren, $\frac{1}{2} (n-1)!$ mögliche Reihenfolgen, in denen die Indikatoren auf den Achsen angeordnet werden können⁴. Diese Anordnung kann trotz gleicher Indikatoren bei der Berechnung zu unterschiedlichen Flächengrößen der Mehrecke führen. Hierdurch wiederum kann die Position der Länder im Ranking erheblich beeinflusst bzw. verzerrt werden. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, wurde bei dem vorliegenden Benchmarking für **jedes Land die jeweils maximal zu erreichende Fläche** rechnerisch ermittelt und auf dieser Basis das Ranking erstellt; im vorangegangenen Ranking 2001 (Blancke / Lindlohr / Schmid 2001) dagegen wurde die gleiche Reihenfolge für alle Länder eingehalten.

Weitere Veränderungen in dem vorliegenden Benchmarking betreffen die Indikatoren: Die **Erwerbsquote** wurde wieder, wie im ersten Benchmarking 2001, als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren

⁴ D.h. bei fünf Indikatoren, bestehen 12 mögliche Reihenfolgen, bei sechs Indikatoren schon 60!

gemessen. Die **Insolvenzen** wurden aus inhaltlichen Gründen nicht mehr zur Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt, sondern zu den Unternehmen. Hiermit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bundesländer über sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen und durchschnittliche Betriebsgrößen verfügen. Die **Investitionen im Produzierenden Gewerbe** wurden nicht mehr pro Einwohner berechnet sondern pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe – hiermit können Verzerrungen vermieden werden, die sonst durch den Strukturwandel und demographische Entwicklungen zustande kämen.

Im vorliegenden Beitrag wurden drei Untersuchungen durchgeführt: (1) ein vertieftes Benchmarking auf der Grundlage reiner Arbeitsmarktindikatoren (Abschnitt 4), (2) ein vertieftes Benchmarking auf der Grundlage reiner Wirtschaftsindikatoren (Abschnitt 5) und (3) ein zusammenfassendes Benchmarking auf der Grundlage der wichtigsten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren (im nun folgenden Abschnitt 3).

3 Teilstudie I: Das Wichtigste in Kürze: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Benchmarking

Bevor in den Abschnitten 4 und 5 vertiefend auf die einzelnen Indikatoren eingegangen wird, sollen im Folgenden anhand eines kombinierten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsrankings die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst werden. Das kombinierte Benchmarking der deutschen Bundesländer wurde anhand der folgenden Indikatoren durchgeführt:

- (1) Arbeitslosenquote
- (2) Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung)
- (3) Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bev.
- (4) Investitionen im produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- (5) und Insolvenzen pro 1000 Unternehmen

Weil sich das kombinierte Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Benchmarking auf die Vergleichsjahre 1998 und 2002 bezieht, wurden für die Arbeitslosen- und Erwerbsquote entsprechend auch die 2002-Daten herangezogen. Somit ergeben sich hier Unterschiede zu den Arbeitslosen- und Erwerbsquoten aus dem Arbeitsmarkt-Benchmarking, welches sich entsprechend dem Vergleichszeitraum auf das Jahr 2003 bezieht.

Schaubild 2: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarktranking 1998

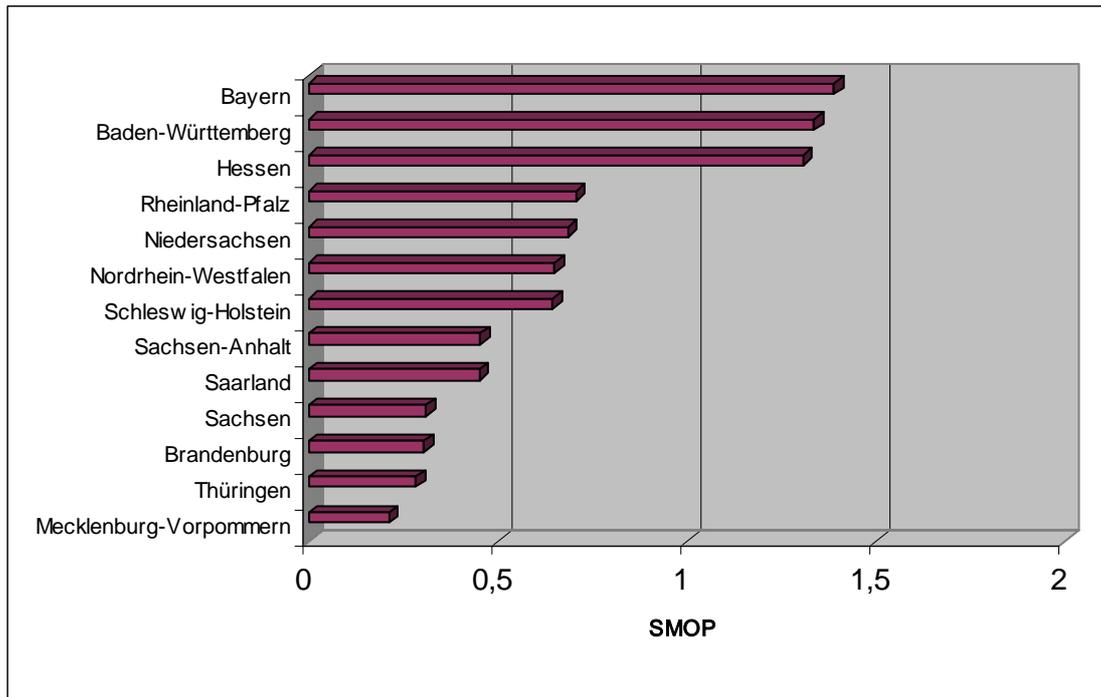
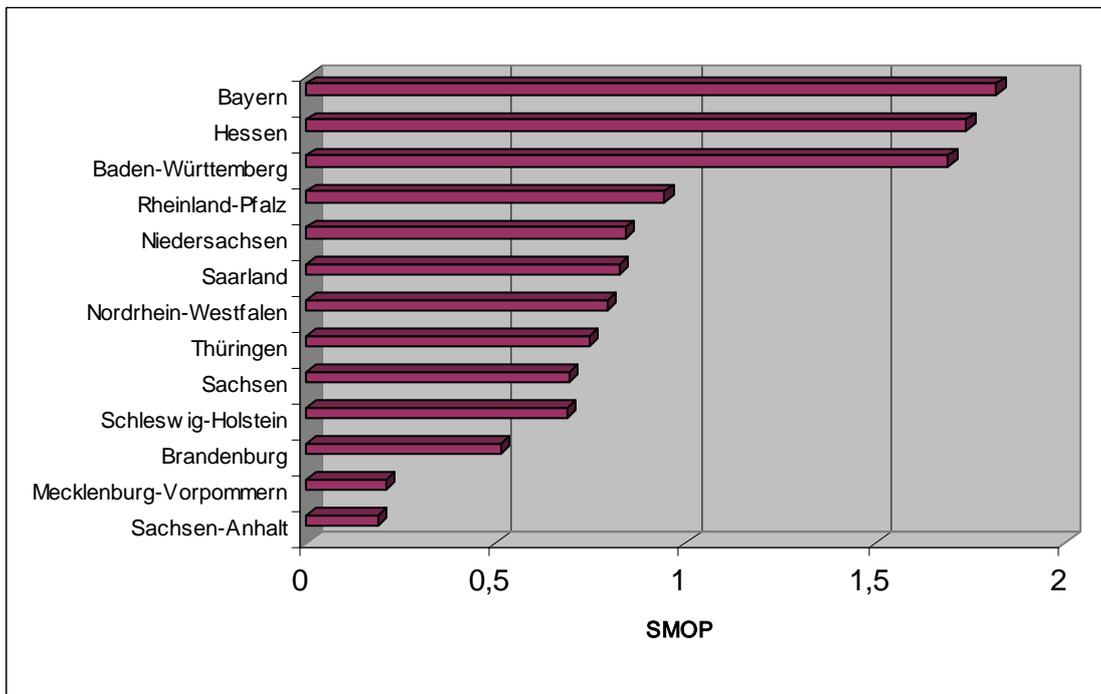
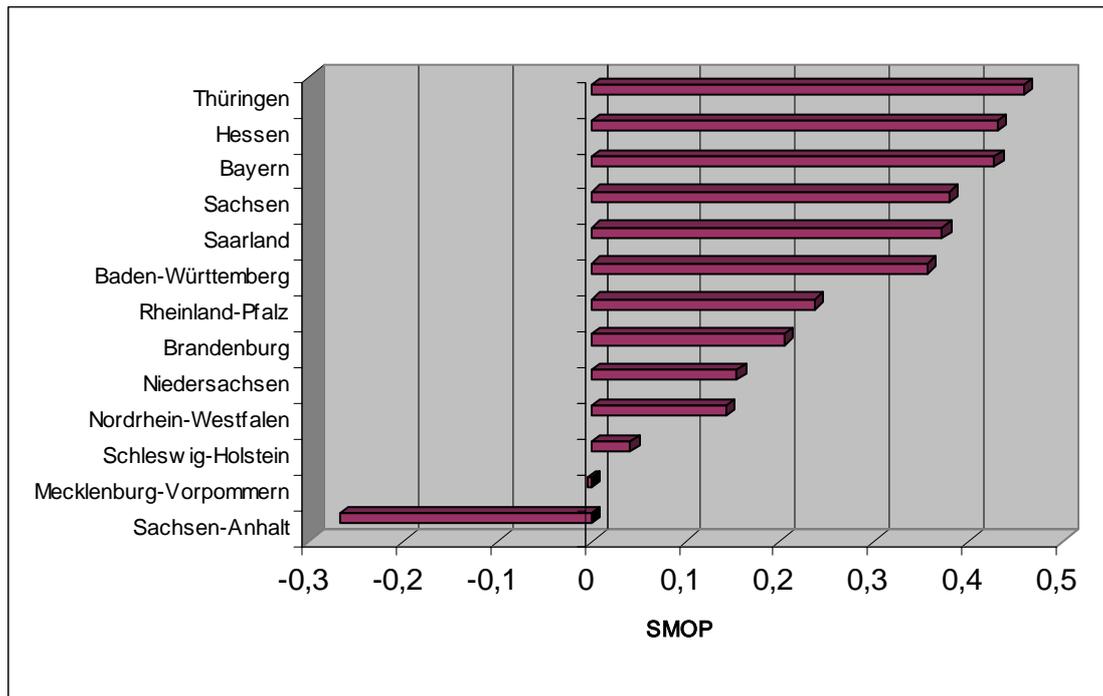


Schaubild 3: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarktranking 2002



**Schaubild 4: Kombiniertes Wirtschafts- und Arbeitsmarktranking
Veränderungen SMOP 1998-2002**



Im Gegensatz zu den früheren Benchmarks ist im aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktranking etwas **mehr Dynamik** feststellbar. So gibt es Positionsveränderungen bei vier Bundesländern: Während Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sich um fünf, bzw. drei Plätze verschlechtern, können Thüringen und das Saarland eine Verbesserung von vier, bzw. drei Positionen verbuchen. Die meisten Veränderungen finden im unteren Mittelfeld und in der Schlussgruppe statt – das obere Feld bleibt, bis auf den Positionswechsel von Baden-Württemberg und Hessen konstant.

Tabelle 1: Veränderung der Positionen im kombinierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktranking von 1998 auf 2002						
	1998		2002		Veränderung	
	SMOP	Rang	SMOP	Rang	SMOP	Rang
Bayern	1,3918	1	1,8195	1	0,4277	0
Hessen	1,3095	3	1,7406	2	0,4312	1
Baden-Württemberg	1,3370	2	1,6925	3	0,3555	-1
Rheinland-Pfalz	0,7079	4	0,9447	4	0,2368	0
Niedersachsen	0,6849	5	0,8395	5	0,1546	0
Saarland	0,4515	9	0,8236	6	0,3722	+3
Nordrhein-Westfalen	0,6518	6	0,7946	7	0,1428	-1
Thüringen	0,2849	12	0,7439	8	0,4590	+4
Sachsen	0,3122	10	0,6922	9	0,3800	+1
Schleswig-Holstein	0,6462	7	0,6874	10	0,0412	-3
Brandenburg	0,3069	11	0,5108	11	0,2040	0
Mecklenburg-Vorpommern	0,2140	13	0,2093	12	-0,0047	+1
Sachsen-Anhalt	0,4550	8	0,1877	13	-0,2673	-5

Die überwiegende Stabilität der Positionen im Längsschnittvergleich kann schon seit 1993 beobachtet werden – eine ähnliche Rangfolge fand sich auch seinerzeit (wobei das modifizierte Benchmarking-Verfahren einen direkten Vergleich nicht erlaubt). Dies weist darauf hin, dass die strukturellen Umfeldbedingungen eine hohe Bedeutung für die Performanz der Länder besitzen. Vor allem die Spitzenländer scheinen in einem Umfeld zu agieren, welches seine Stärke auch aus sich selbst generieren kann. Dies schließt zwar nicht grundsätzlich aus, dass mit den Instrumenten der Wirtschafts- und Strukturpolitik Veränderungen bewirkt werden können, dies jedoch scheint ein äußerst schwieriger und langfristiger Prozess zu sein.

- ⊙ **Bayern, Württemberg und Hessen** zeigen praktisch keine Unterschiede in ihrer Performanz. Sie liegen mit fast allen Werten im Spitzen- oder oberen Mittelfeld. Dramatische Schwächen sind nicht auszumachen. Lediglich der zehnte Platz für Hessen bei der Erwerbsquote fällt aus dem Rahmen. Bei den einzelnen Indikatoren sind die Entwicklungen der drei Bundesländer durchweg positiv. Dies spiegelt sich auch in der Veränderung des SMOP-Wertes wider: So weisen Hessen und Bayern, nach Thüringen, die stärkste Verbesserung ihrer Gesamtpermanz auf. Baden-Württemberg ist ebenfalls gut mit dabei, muss sich aber mit dem sechsten Platz, hinter Sachsen und dem Saarland, zufrieden geben. Aufgrund der besseren Entwicklung Hessens, muss Baden-Württemberg den zweiten Platz räumen und fällt nun auf den dritten ab.

- ⊙ **Die neuen Bundesländer – Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** – liegen dagegen bei fast allen Indikatoren im unteren Feld. Alleine bei den Erwerbsquoten nehmen sie gute bis sehr gute Positionen ein. Betrachtet man die Gesamtperformanz und vergleicht die beiden Schaubilder 3 und 4, kann der Eindruck entstehen, dass, zumindest drei der ostdeutschen Bundesländer (Thüringen, Sachsen, Brandenburg) sich dem westdeutschen Mittelfeld angenähert und somit den Ost-West-Gegensatz ein wenig abgeschwächt haben. Dem ist leider nicht so: Betrachtet man die Einzelindikatoren, so muss auch weiterhin von einem deutlichen Ost-West-Gefälle gesprochen werden: So ist die Bruttowertschöpfung pro Kopf in Hessen mit 29 300 Euro immer noch fast doppelt so hoch wie in den ostdeutschen Bundesländer (15 800 – 16 200 Euro); ebenso bei der Arbeitslosenquote: Hier weisen die ostdeutschen Länder mit Quoten zwischen 17,2 bis 20,8 % rund das dreifache der Baden-Württembergischen Arbeitslosenquote (6,1 %) auf.
- ⊙ Von den ostdeutschen Bundesländern weist **Thüringen** die stärkste Verbesserung seiner Gesamtperformanz auf: Das Land kann sich von dem ehemals vorletzten Platz um vier Plätze auf Platz acht verbessern. Bei der absoluten Veränderung entwickelt sich Thüringen sogar besser als jedes andere Bundesland. Die Verbesserungen belaufen sich vor allem auf die höhere Investitionsrate: Hier steigert sich Thüringen um neun Plätze und belegt nun hinter Sachsen Platz zwei. Ebenfalls vorne mit dabei ist das Land bei der Erwerbsquote, wobei die Entwicklung jedoch negativ ist: Diese fällt nämlich um 1,5 % und Thüringen somit um zwei Plätze auf Platz drei. Bei den restlichen Indikatoren verläuft die Entwicklung positiv, jedoch ohne gravierende Positionsveränderungen.
- ⊙ Ebenfalls positiv, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, entwickeln sich **Sachsen** und **Brandenburg**. Diese Entwicklung ist zunächst überraschend, da Sachsen und Brandenburg die einzigen Bundesländer sind, in denen die Arbeitslosenquoten 2002 höher liegen als 1998. Sachsen kann dies jedoch durch die Erhöhung der Investitionen im produzierenden Gewerbe ausgleichen; Hier setzt sich das Land sogar an die Spitze der Tabelle. Weitere Verbesserungen kann es bei der Zahl der Insolvenzen und der Bruttowertschöpfung pro Kopf erzielen. Lediglich bei der Erwerbsquote gibt es leichte Einbußen, wobei der zweite Platz jedoch gehalten werden kann. Brandenburg hingegen erzielt bei der Erwerbsquote, im Gegensatz zum ostdeutschen Trend, sogar eine Verbesserung um 0,5 % und kann damit noch vor Sachsen Platz eins belegen. Ebenfalls im Gegensatz zum ostdeutschen Trend fällt die Bruttowertschöpfung pro Kopf aus: Während die Bruttowertschöpfung in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sich um 2200-2500 Euro pro Kopf erhöhen, erreicht Brandenburg nur magere 700 Euro.
- ⊙ Schlusslicht der Entwicklung sind **Mecklenburg-Vorpommern** und **Sachsen-Anhalt**: Während Mecklenburg-Vorpommern quasi stillsteht, verschlechtert sich die

Lage in Sachsen-Anhalt deutlich aufgrund der zurückgegangenen Investitionstätigkeit: Sachsen-Anhalt fällt hier vom ehemaligen Platz eins auf den zehnten Platz. Beide Länder weisen die schlechtesten Werte bei der Anzahl der Insolvenzen, der Bruttowertschöpfung und der Arbeitslosenquote auf.

- ⊙ Sehr nahe zusammen und in deutlichem Abstand zu den drei Spitzenländern liegen die Mittelfeldländer **Rheinland-Pfalz**, **Niedersachsen**, das **Saarland** und **Nordrhein-Westfalen**. Rheinland-Pfalz weist bei der Gesamtperformanz gegenüber den drei nachfolgenden Ländern und bei der Entwicklung immerhin noch gegenüber Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen einen leichten Abstand auf. Überzeugen kann das Saarland, welches sich um drei Positionen verbessert und nunmehr auf Platz sechs landet. Insbesondere die Reduktion der Arbeitslosenquote um 2,7 Prozentpunkte auf 9,9% sowie die Reduktion der Anzahl der Insolvenzen – trotz Änderung des Insolvenzrechts, stechen hier positiv hervor.
- ⊙ In der Rolle des Sorgenkinds der westdeutschen Bundesländer wird das Saarland somit von **Schleswig-Holstein** abgelöst. Zwar gelingt es Schleswig-Holstein durchaus seine Arbeitslosenquote um 1,4 Prozentpunkte zu senken, doch wird dies vor allem durch die Stagnation bei den Investitionen im produzierenden Gewerbe (letzter Platz), sowie durch die unterdurchschnittliche Entwicklung bei der Erwerbsquote und der Bruttowertschöpfung wieder neutralisiert.

4 Teilstudie II: Arbeitsmarkt-Benchmarking 1998 und 2003

4.1 Zur Analyse herangezogene Arbeitsmarktindikatoren

Die Daten zur Gesamtarbeitslosigkeit, die zunächst einen Eindruck der generellen Lage auf dem Arbeitsmarkt vermitteln können, bedürfen der Differenzierung entlang weiterer gesellschaftlich und ökonomisch wichtiger Aspekte. Dazu gehört insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch die Höhe der Frauen-, Alters- und Jugendarbeitslosigkeit. Dahinter steht die Überlegung, dass die Einzelindikatoren grundlegende Strukturschwächen, Verwerfungen und Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten verdeutlichen, die es mit gezielten Maßnahmen zu bekämpfen gilt. Aus den Daten zu der spezifischen Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit können erste Rückschlüsse auf notwendige Optimierungen hin zu einem zielgenaueren Einsatz zum Beispiel der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik aber auch anderer Maßnahmen gezogen werden.

Die Erwerbsquote ist zum einen ein Indikator für den Aktivierungsgrad und damit auch für die arbeitsmarktliche Gesamtperformanz. Zum anderen dient sie in

Arbeitsmarktvergleichen der Relativierung der Aussagen zur Gesamtarbeitslosigkeit. Eine hohe Erwerbsquote bedeutet immer auch, dass eine große Personenzahl auf den Arbeitsmarkt drängt, d.h. der Arbeitsmarkt einer vergleichsweise höheren Belastung ausgesetzt ist, als ein Arbeitsmarkt, auf den weniger Erwerbspersonen drängen. Dies impliziert, dass Untersuchungseinheiten (wie z.B. Regionen, Länder etc.), die eine gleich hohe Arbeitslosigkeit aber sehr unterschiedliche Erwerbsquoten aufweisen, auch unterschiedlich hinsichtlich ihrer arbeitsmarktpolitischen Performanz bewertet werden müssen. Damit können sich bei Vergleichen erhebliche Verschiebungen und Relativierungen ergeben.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen wurden zur Beschreibung und Analyse der Arbeitsmärkte in den Bundesländern entsprechend folgende sechs Indikatoren ausgewählt:

- (1) die Arbeitslosenquote (AQ)
- (2) die Erwerbsquote der Erwerbsbevölkerung (EQ)
- (3) der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) an den Arbeitslosen (LZA)
- (4) die Frauenarbeitslosenquote (FAQ)
- (5) die Arbeitslosenquote der Jugendlichen (unter 25 Jahre) (JAQ)
- (6) die Altersarbeitslosenquote (über 55 Jahre) (AAQ)

4.2 Benchmarking der Einzelindikatoren

4.2.1 Arbeitslosigkeit

Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit ist zwar eine recht hohe Stabilität der Positionen aber auch eine ausgesprochen große Heterogenität zwischen den Ländern festzustellen: Bayern und Baden-Württemberg nehmen schon seit rund zehn Jahren positive Spitzenpositionen ein. Verglichen damit präsentiert sich die Situation in Ostdeutschland geradezu katastrophal.

Tabelle 2: Arbeitslosenquoten 1998 und 2003						
(abhängige Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2003		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Baden-Württemberg	8	1	6,9	1	-1,1	0
Bayern	8,1	2	7,9	2	-0,2	0
Rheinland-Pfalz	9,7	3	8,5	3	-1,2	0
Hessen	10	4	8,8	4	-1,2	0
Saarland	12,6	8	10,4	5	-2,2	+3
Niedersachsen	12,3	7	10,7	6	-1,6	+1
Nordrhein-Westfalen	11,7	6	10,9	7	-0,8	-1
Schleswig-Holstein	11,2	5	10,9	8	-0,3	-3
Hamburg	12,7	9	11,3	9	-1,4	0
Bremen	16,6	10	14,4	10	-2,2	0
Thüringen	18,3	12	18,1	11	-0,2	+1
Sachsen	18,8	14	19,4	12	0,6	+2
Berlin	17,9	11	20,2	13	2,3	-2
Brandenburg	18,8	13	20,4	14	1,6	-1
Mecklenburg-Vorpommern	20,5	15	21,7	15	1,2	0
Sachsen-Anhalt	21,7	16	21,8	16	0,1	0

Im Jahre 2003 kann Baden-Württemberg mit einer Arbeitslosigkeit von 6,9% einen Wert erreichen, der, wenn auch nicht befriedigend, so doch zumindest der beste in Deutschland und auch im internationalen Vergleich nicht schlecht ist. Sachsen-Anhalt liegt dagegen mit 21,8% Arbeitslosigkeit um das dreifache höher als Baden-Württemberg, und auch die Lage in den anderen neuen Ländern ist nicht merklich besser als in Sachsen-Anhalt.

Rheinland-Pfalz und Hessen folgen Baden-Württemberg und Bayern mit etwas Abstand, wobei beide Länder ihre Arbeitslosenquote um jeweils 1,2 Prozentpunkte senken und somit ihre alten Plätze sichern konnten. Das Saarland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bilden zusammen mit der Hansestadt Hamburg ein sehr enges Mittelfeld, wobei deren Werte zwischen 10,4% und 11,3% (2003) durchaus als besorgniserregend bezeichnet werden können. Zwar sind Positionsverschiebungen in diesem engen Bereich nicht besonders substanzvoll, dennoch soll hier auf das Saarland verwiesen sein, dass zusammen mit Bremen den höchsten Abbau der Arbeitslosenquote, nämlich um 2,2 Prozentpunkte, erzielen und von Platz acht an die Spitze des Mittelfelds (Platz fünf) wechseln konnte.

Besorgniserregend ist die Spaltung zwischen Ost und West: So konnten alle westlichen Bundesländer ihre Arbeitslosenquoten leicht senken, während hingegen in Ostdeutschland die Arbeitslosenquoten stagnieren, bzw. sogar noch weiter ansteigen. Lediglich Thüringen konnte seine Quote senken, dies aber auch nur um magere 0,2 Prozentpunkte.

Damit sind die ostdeutschen Länder nicht alleine stabil auf die schlechtesten Positionen in Deutschland verwiesen, sondern die Schere zwischen West und Ost geht noch weiter auseinander; die Konjunkturbelebung war hier offensichtlich nicht so deutlich wie im Westen. Zusätzlich erhöhend auf die Arbeitslosigkeit wirkt allerdings, dass 1998 ein sehr hoher Mitteleinsatz für aktive Arbeitsmarktpolitik erfolgte, was die Daten für den Osten zumindest optisch verbesserte. Mit einem leichten Zurückfahren der Beschäftigungsmaßnahmen nach 1998 erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen entsprechend.

4.2.2 Erwerbsbeteiligung

Hinsichtlich der Erwerbsquoten war schon seit 1990 der hohe Anteil der Erwerbspersonen in den ostdeutschen Bundesländern auffallend, die der hohen weiblichen Erwerbsbeteiligung in der DDR geschuldet war. Zwar hat gleich nach der Vereinigung ein drastischer Abbau der Erwerbspersonenzahl stattgefunden, gleichwohl blieben die Daten im Ländervergleich auffallend hoch und lagen deutlich über den westdeutschen Werten. Auch 2002 blieb diese Tendenz erhalten – noch immer nehmen die ostdeutschen Länder Spitzenstellungen ein und präsentieren damit bei diesem Indikator ihre eindeutige Stärke. Brandenburg zeigt mit Abstand den besten Wert, gefolgt von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Etwas überraschend schiebt sich Bayern vor Mecklenburg-Vorpommern auf den fünften Platz.

Auffällig ist trotz der Veränderungen die weitgehende Stabilität der Positionen: Außer Brandenburg (plus drei) und Thüringen (minus zwei) verschieben sich die einzelnen Bundesländer nur schrittweise um einen Platz vor und zurück. Diese vor allem im Mittelfeld auftretenden Positionsveränderungen werden weiter abgeschwächt durch das enge Beieinanderliegen der einzelnen Erwerbsquoten.

Im Gegensatz zur Arbeitslosenquote verringert sich bei der Erwerbsquote das Ost-West-Gefälle, auch wenn der Abstand zwischen Brandenburg, als Tabellenführer, und dem Saarland, als Schlusslicht, immer noch 9% beträgt. Hauptursache hierfür sind die Wanderungsbewegung vor allem junger ostdeutscher Erwerbstätiger, welche sich auch in den Veränderungen niederschlagen: So sinken alle ostdeutschen Erwerbsquoten, bis auf die brandenburgische. Dem gegenüber stehen steigende Erwerbsquoten im Westen, insbesondere bei den Schlusslichtern Rheinland-Pfalz,

Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, aber auch in Hessen und Baden-Württemberg.

Tabelle 3: Erwerbsquoten 1998 und 2002						
(Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: StBA / Mikrozensus; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Brandenburg	76,5	4	77	1	0,5	+3
Sachsen	77	2	76,2	2	-0,8	0
Thüringen	77,3	1	75,8	3	-1,5	-2
Sachsen-Anhalt	76,8	3	75,2	4	-1,6	-1
Bayern	74,2	6	74,8	5	0,6	+1
Mecklenburg-Vorpommern	76,2	5	74,6	6	-1,6	-1
Baden-Württemberg	72,9	8	74,4	7	1,5	+1
Berlin	73,5	7	73,3	8	-0,2	-1
Hamburg	72,7	9	73,3	9	0,6	0
Hessen	70,9	11	73,1	10	2,2	+1
Schleswig-Holstein	72	10	72,7	11	0,7	-1
Rheinland-Pfalz	69,4	12	71,5	12	2,1	0
Niedersachsen	69,3	13	70,6	13	1,3	0
Bremen	67,7	14	69,5	14	1,8	0
Nordrhein-Westfalen	67,1	15	69,3	15	2,2	0
Saarland	65,7	16	68,1	16	2,4	0

4.2.3 Langzeitarbeitslosigkeit

Konnte man die vorangehenden Indikatoren noch weitgehend als stabil ansehen, so gilt dies definitiv nicht für die Langzeitarbeitslosigkeit. Bei keinem anderen Indikator gab es zwischen 1998 und 2003 so gravierende Umwälzungen; wiederum stehen jedoch positive Entwicklungen in den westdeutschen Bundesländern negativen in den ostdeutschen gegenüber.

Tabelle 4 Langzeitarbeitslosigkeit 1998 und 2003						
(Anteil der Langzeitarbeitslosen (≥ 1 Jahr) an den Arbeitslosen in %; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2003		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Bayern	30,9	1	22,2	1	-8,7	0
Baden-Württemberg	35,4	9	23,4	2	-12,0	+7
Hessen	35,9	10	25,1	3	-10,8	+7
Rheinland-Pfalz	34,8	7	25,6	4	-9,2	+3
Hamburg	37	11	25,9	5	-11,1	+6
Schleswig-Holstein	32,7	4	27,3	6	-5,4	-2
Niedersachsen	38,3	12	31,0	7	-7,3	+5
Saarland	43,6	16	32,3	8	-11,3	+8
Nordrhein-Westfalen	40,5	15	33,2	9	-7,3	+6
Berlin	33,2	5	34,1	10	0,9	-5
Bremen	39,2	13	34,8	11	-4,4	+2
Thüringen	31,6	3	35,4	12	3,8	-9
Mecklenburg-Vorpommern	31,6	2	36,8	13	5,2	-11
Brandenburg	40	14	39,1	14	-0,9	0
Sachsen-Anhalt	35	8	39,1	15	4,1	-7
Sachsen	33,5	6	39,8	16	6,3	-10

Durchschnittlich konnten die westdeutschen Bundesländer ihre Langzeitarbeitslosenquote um rund 10 Prozentpunkte reduzieren. Lediglich Bremen (minus 4,4 Prozentpunkte) und Schleswig-Holstein (minus 5,4 Prozentpunkte) weichen hiervon deutlich ab. Bayern schneidet in beiden Vergleichsjahren am besten ab, wobei die ehemalige Nummer zwei, Mecklenburg-Vorpommern, mit einem Plus von 5,2 Prozentpunkte satte elf Plätze nach unten rutscht. Neue Nummer zwei ist Baden-Württemberg, das von allen Bundesländern seine Langzeitarbeitslosenquote am stärksten reduzieren kann (minus 12 Prozentpunkte, plus sieben Plätze).

Ans untere Ende der Tabelle ist Sachsen gerutscht, das 1998 noch Platz sechs belegt hat. Eine Steigerung der Langzeitarbeitslosenquote um 6,3 Prozentpunkte auf nunmehr fast 40% ließ das Bundesland zehn Plätze nach unten rutschen. Als einziges ostdeutsches Bundesland konnte Brandenburg seine Quote leicht, um einen Prozentpunkt senken, was jedoch angesichts der schlechten Ausgangslage (1998: 40%) nicht überbewertet werden darf.⁵

⁵ Das Absinken der ostdeutschen Bundesländer hängt wahrscheinlich mit den Änderungen der Arbeitsmarktpolitik zusammen, v.a. der Rückführung von ABM-Maßnahmen.

4.2.4 Frauenarbeitslosigkeit

Deutlich stabiler als bei der Langzeitarbeitslosigkeit stellt sich die Reihenfolge der Bundesländer bei der Frauenarbeitslosigkeit dar, wobei es erfreulicherweise allen Bundesländer bis auf Berlin gelingt, ihre Frauenarbeitslosenquote zu senken.

Tabelle 5: Arbeitslosenquoten der Frauen 1998 und 2003						
(weibl. Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2003		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Baden-Württemberg	8,2	1	6,5	1	-1,7	0
Bayern	8,2	2	7,4	2	-0,8	0
Rheinland-Pfalz	10	4	7,8	3	-2,2	+1
Hessen	9,7	3	7,9	4	-1,8	-1
Saarland	12	8	9,1	5	-2,9	+3
Hamburg	10,7	6	9,2	6	-1,5	0
Schleswig-Holstein	10,2	5	9,2	7	-1,0	-2
Niedersachsen	12,5	9	9,5	8	-3,0	+1
Nordrhein-Westfalen	11,6	7	9,5	9	-2,1	-2
Bremen	14,9	10	11,7	10	-3,2	0
Berlin	16,3	11	17,1	11	0,8	0
Thüringen	21	12	18,6	12	-2,4	0
Sachsen	21,7	14	19,8	13	-1,9	+1
Brandenburg	21,2	13	19,9	14	-1,3	-1
Mecklenburg-Vorpommern	22,8	15	20,9	15	-1,9	0
Sachsen-Anhalt	24,5	16	22,2	16	-2,3	0

Baden-Württemberg, das sich 1998 den ersten Platz noch mit Bayern teilen musste, konnte durch die bessere Entwicklung den Konkurrenten auf Platz zwei verweisen und einen einprozentigen Abstand zu dem engen Verfolgerfeld aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen gewinnen. Neben dieser engen Spitzengruppe liegt auch das Mittelfeld (Saarland, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) mit Quoten zwischen 9,1% und 9,5% außergewöhnlich nah beieinander. Lediglich Bremen weist mit 11,7% einen leichten Abstand auf. Deutlich dagegen ist der Abstand zur Schlussgruppe der ostdeutschen Bundesländer: Mit Frauenarbeitslosenquoten zwischen 17,1% und 22,2% liegt ein deutlicher Niveauunterschied vor. Jedoch wird dieses Ergebnis durch die hohen Frauenerwerbsquoten der ostdeutschen Bundesländer etwas relativiert.

Interessanter als die reine Betrachtung der Frauenarbeitslosigkeit und ihrer Rangfolge ist der Vergleich mit der Quote der Männer. Zum einen lässt sich für die westdeutschen Bundesländer eine höhere Arbeitslosigkeit der männlichen Erwerbspersonen feststellen als für die weiblichen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der Tatsache zu bewerten, dass die westdeutschen weiblichen Erwerbspersonen eher bereit sind, bei einer schlechten Arbeitsmarktlage aus dem Arbeitsmarkt ganz auszuschneiden und sich dem Haushalt zuzuwenden als die ostdeutschen Frauen bzw. sich nach Erziehungszeiten nicht mehr um die Wiederaufnahme einer Arbeit bemühen.

Tabelle 6: Arbeitslosenquoten der Frauen und Männer 1998 und 2003				
(weibl. und männliche Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte)				
Quelle: BA; eigene Berechnungen				
	1998		2003	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Baden-Württemberg	8,2	7,8	6,5	7,1
Bayern	8,2	8	7,4	8,4
Rheinland-Pfalz	10	9,6	7,8	9,2
Hessen	9,7	10,3	7,9	9,6
Saarland	12	13,1	9,1	11,4
Hamburg	10,7	14,5	9,2	13,2
Schleswig-Holstein	10,2	12	9,2	12,5
Niedersachsen	12,5	12,2	9,5	11,7
Nordrhein-Westfalen	11,6	11,8	9,5	12,2
Bremen	14,9	18,1	11,7	16,7
Berlin	16,3	19,4	17,1	23,1
Thüringen	21	15,8	18,6	17,6
Sachsen	21,7	16,1	19,8	19
Brandenburg	21,2	16,6	19,9	20,9
Mecklenburg-Vorpommern	22,8	18,3	20,9	22,5
Sachsen-Anhalt	24,5	19,1	22,2	21,4

Wir haben es im Westen also mit einer Kultur des männlichen, erwerbstätigen Haushaltsvorstandes zu tun, während Frauen zu einem großen Teil nicht oder für längere Zeiten nicht erwerbstätig sind. Dies spiegelt sich auch in einer vergleichsweise geringen Gesamterwerbsquote wider (vgl. Abschnitt 4.1.2).

Ganz anders sieht es im Osten der Republik aus: Hier sind die Frauen durchgängig stärker am Erwerbsleben beteiligt, was sich auch in einer entsprechend hohen Erwerbsquote zeigt. Anstatt bei einer schlechten Arbeitsmarktlage ganz aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, bemühen sich die Frauen auch weiterhin um Arbeit.

Vor dem Hintergrund einer gewünschten Aktivierung möglichst vieler erwerbsfähiger Personen ist eine solch hohe Erwerbsbeteiligung durchaus sehr positiv einzuschätzen. Jedoch geht dies im Osten deutlich auf Kosten der weiblichen Erwerbspersonen – ihre Arbeitslosigkeit war 1998 in der Regel um mehrere Prozentpunkte höher als die ihrer männlichen Kollegen; zwischenzeitlich gingen die Frauenarbeitslosenquoten jedoch zurück, so dass sich hierbei kein einheitliches Bild mehr ergibt.

4.2.5 Jugendarbeitslosigkeit

Bei der Jugendarbeitslosigkeit konnte – wie schon bei der Frauenarbeitslosigkeit – fast durchgehend ein Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Tabelle 7: Arbeitslosenquoten der Jugendlichen 1998 und 2003						
(abhängige Erwerbspersonen < 25 Jahre; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2003		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Baden-Württemberg	7,4	2	6,0	1	-1,4	+1
Bayern	6,8	1	7,3	2	0,5	-1
Hessen	10,5	4	8,0	3	-2,5	+1
Rheinland-Pfalz	10,3	3	8,1	4	-2,2	-1
Hamburg	15,2	10	9,1	5	-6,1	+5
Niedersachsen	12,7	6	9,1	6	-3,6	0
Nordrhein-Westfalen	12,2	5	9,2	7	-3,0	-2
Saarland	12,7	7	10,0	8	-2,7	-1
Schleswig-Holstein	12,8	8	10,9	9	-1,9	-1
Bremen	17	12	11,4	10	-5,6	+2
Thüringen	15	9	14,0	11	-1,0	-2
Sachsen	15,9	11	14,1	12	-1,8	-1
Mecklenburg-Vorpommern	18,2	15	16,9	13	-1,3	+2
Sachsen-Anhalt	17,8	14	17,0	14	-0,8	0
Brandenburg	17,2	13	17,3	15	0,1	-2
Berlin	21,8	16	18,8	16	-3,0	0

Lediglich in Bayern erhöht sich die Quote um 0,5 Prozentpunkte, womit Bayern gleichzeitig seinen ersten Platz an Baden-Württemberg verliert. Das zweite Bundesland, das sich bei der Jugendarbeitslosigkeit nicht verbessern konnte, ist Brandenburg, welches mit einem leichten Plus von 0,1% stagniert und zwei Plätze nach unten auf die 15 rutscht. Die besten Entwicklungen können Hamburg und Bremen für sich verbuchen: Mit dem Abbau seiner Jugendarbeitslosenquote um 6,1

Prozentpunkte verbessert sich Hamburg vom ehemals zehnten auf den fünften Platz; mit einem Minus von 5,6 Prozentpunkte schafft Bremen immerhin den Anschluss an das Mittelfeld (Platz 10).

Die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den am stärksten öffentlichkeitswirksamen Arbeitsmarktindikatoren. Eine hohe Erwerbslosigkeit der Jugendlichen wird im Allgemeinen als besonders dramatisch empfunden. Aus rein ökonomischer Sicht liegt hier ein besonders leistungsfähiges Humankapital brach. Und bei unzureichender beruflicher Erstausbildung droht langfristig ein Mangel an ausreichend ausgebildetem Humankapital. Aus gesellschaftspolitischer Sicht werden die fehlenden Chancen der jungen Generation, welche die künftige Basis der gesellschaftlichen Entwicklung, also die Zukunft des Landes darstellt als besonders problematisch empfunden. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland galt bisher als Garant eines recht unproblematischen Einstiegs der jungen Generation in das Arbeitsleben – die Arbeitslosenquoten der jungen Generation lagen in der Regel nicht höher sondern eher niedriger als die der anderen Personengruppen.

Tabelle 8: Vergleich Jugend- und Männerarbeitslosigkeit 1998 und 2003

(Abhängige Erwerbspersonen < 25 Jahre und männl. Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte)

Quelle: BA; eigene Berechnungen

	1998		2003	
	jugendl.	männl.	jugendl.	männl.
Baden-Württemberg	7,4	7,8	6,0	7,1
Bayern	6,8	8	7,3	8,4
Hessen	10,5	10,3	8,0	9,6
Rheinland-Pfalz	10,3	9,6	8,1	9,2
Hamburg	15,2	14,5	9,1	13,2
Niedersachsen	12,7	12,2	9,1	11,7
Nordrhein-Westfalen	12,2	11,8	9,2	12,2
Saarland	12,7	13,1	10,0	11,4
Schleswig-Holstein	12,8	12	10,9	12,5
Bremen	17	18,1	11,4	16,7
Thüringen	15	15,8	14,0	17,6
Sachsen	15,9	16,1	14,1	19
Mecklenburg-Vorpommern	18,2	18,3	16,9	22,5
Sachsen-Anhalt	17,8	19,1	17,0	21,4
Brandenburg	17,2	16,6	17,3	20,9
Berlin	21,8	19,4	18,8	23,1

Dies trifft auch für den hier gewählten Untersuchungszeitraum zu. Selbst in den krisengeschüttelten ostdeutschen Ländern lag die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen merklich niedriger als zum Beispiel die der Männer allgemein. Besonders positiv sind die Entwicklungen vor allem in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Hier lag die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen 1998 noch über der der männlichen Erwerbsbevölkerung – dieser Trend konnte in den folgenden Jahre gebrochen und die Jugendarbeitslosigkeit deutlich gedrückt werden. Es ist anzunehmen, dass hier unter anderem auch das Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP), welches von der Bundesregierung aufgelegt wurde, seine Wirkungen entfaltete, zumal die einzelnen Bundesländer hier ergänzende Programme aufgelegt haben.

4.2.6 Altersarbeitslosigkeit

Entgegen fast allen anderen Indikatoren sind bei der Altersarbeitslosenquote die Seiten vertauscht: Angeführt wird die Tabelle von den drei ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt; Schlusslichter bilden die beiden sonstigen Musterländer Baden-Württemberg und Bayern.

Tabelle 9: Altersarbeitslosenquote 1998 und 2003						
(abhängige Erwerbspersonen > 55 Jahre; Jahresdurchschnitte)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2003		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Mecklenburg-Vorpommern	17,5	1	8,3	1	-	0
Brandenburg	22	9	10,2	2	-	+7
Sachsen-Anhalt	21	8	10,3	3	-	+5
Saarland	23,4	14	10,8	4	-	+10
Berlin	18,3	2	11,1	5	-	-3
Rheinland-Pfalz	22,7	13	11,3	6	-	+7
Thüringen	20,9	7	11,6	7	-	0
Niedersachsen	22,2	10	11,7	8	-	+2
Bremen	18,4	3	11,9	9	-	-6
Sachsen	20,4	6	11,9	10	-	-4
Schleswig-Holstein	20	5	12,3	11	-	-6
Hessen	22,4	11	12,7	12	-	-1
Nordrhein-Westfalen	22,6	12	12,7	13	-	-1
Hamburg	19,6	4	13,2	14	-	-10
Baden-Württemberg	25,7	15	13,7	15	-	0
Bayern	26,7	16	14,0	16	-	0

Vergleicht man beide Jahre miteinander so stellt man bei allen Bundesländern durchweg eine Verbesserung um grob 10 Prozentpunkte fest. Dieser gleichförmige Niveauunterschied, bei ansonsten unterschiedlichen Veränderungen anderer Indikatoren weist daraufhin, dass es sich hierbei kaum um reale Entwicklungen handeln kann, sondern wahrscheinlich um einen statistischen Effekt: So ermöglicht der § 428 III SGB seit 1998 Arbeitslosen mit Vollendung des 58. Lebensjahres, ein so genanntes Vorruhestands-Arbeitslosengeld zu beziehen. D.h. ein Arbeitsloser, der von dieser Regelung Gebrauch macht, steht dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung und fällt dementsprechend auch aus der Statistik. Um keine falschen Entwicklungen zu suggerieren, verzichten wir auf die Betrachtung der absoluten Veränderungen.

Bei den relativen Positionsveränderungen sticht vor allem das Saarland hervor, welches sich um 10 Plätze auf Platz vier vorkämpfen konnte. Der Gegenpart zum Saarland ist Hamburg, welches seinerseits um 10 Plätze fällt, also quasi mit dem Saarland die Plätze tauscht. Stärkere positive Platzveränderungen verzeichneten ebenfalls noch Brandenburg und Rheinland-Pfalz (jeweils plus sieben Plätze), sowie Sachsen-Anhalt (plus fünf). Deutlich abgerutscht sind dagegen Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen und Berlin.

4.3 Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Arbeitsmarkt-Benchmarking

Werden nun die einzelnen Performanzindikatoren in einem Gesamtindikator zusammengefasst, bestätigt sich die schon bei den Einzelindikatoren zu sehende Tendenz: Insgesamt hat sich von 1998 auf 2003 die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den westdeutschen Bundesländern verbessert. Die Entwicklung in Ostdeutschland ist jedoch, bis auf Brandenburg, gegenläufig – der Ost-West-Gegensatz auf dem Arbeitsmarkt hat sich demnach noch verschärft.

Tabelle 10: Veränderung der Positionen im Arbeitsmarkt-Benchmarking von 1998 auf 2003						
	1998		2002		Veränderung	
	SMOP	Rang	SMOP	Rang	SMOP	Rang
Baden-Württemberg	1,1711	2	1,6253	1	0,4541	+1
Bayern	1,2747	1	1,5097	2	0,2350	-1
Rheinland-Pfalz	0,9373	5	1,4949	3	0,5575	+2
Hessen	0,9784	4	1,4135	4	0,4352	0
Hamburg	0,9075	6	1,1633	5	0,2559	+1
Schleswig-Holstein	1,0876	3	1,1353	6	0,0477	-3
Niedersachsen	0,6485	10	1,0691	7	0,4206	+3
Saarland	0,4548	15	1,0071	8	0,5523	+7
Nordrhein-Westfalen	0,5987	12	0,8965	9	0,2978	+3
Bremen	0,4839	14	0,6626	10	0,1787	+4
Mecklenburg-Vorpommern	0,7592	7	0,6019	11	-0,1573	-4
Thüringen	0,7463	8	0,5630	12	-0,1833	-4
Brandenburg	0,4190	16	0,5125	13	0,0935	+3
Sachsen	0,6785	9	0,4412	14	-0,2373	-5
Berlin	0,6457	11	0,4253	15	-0,2204	-4
Sachsen-Anhalt	0,4923	13	0,4138	16	-0,0785	-3

Schaubild 5: Arbeitsmarktranking 1998

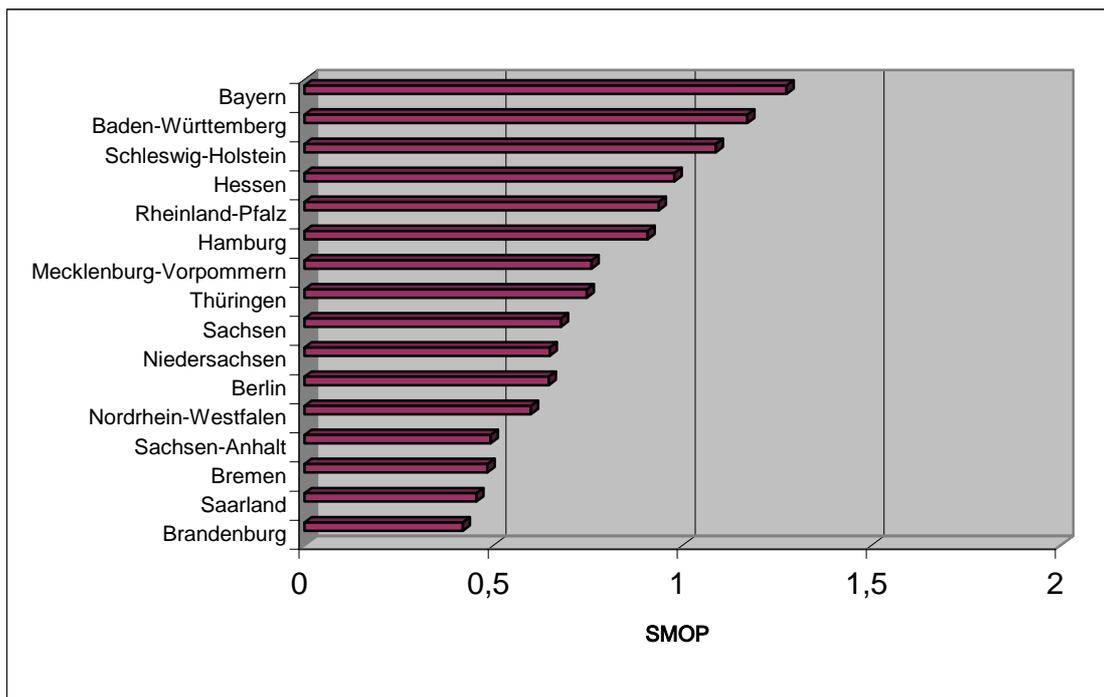
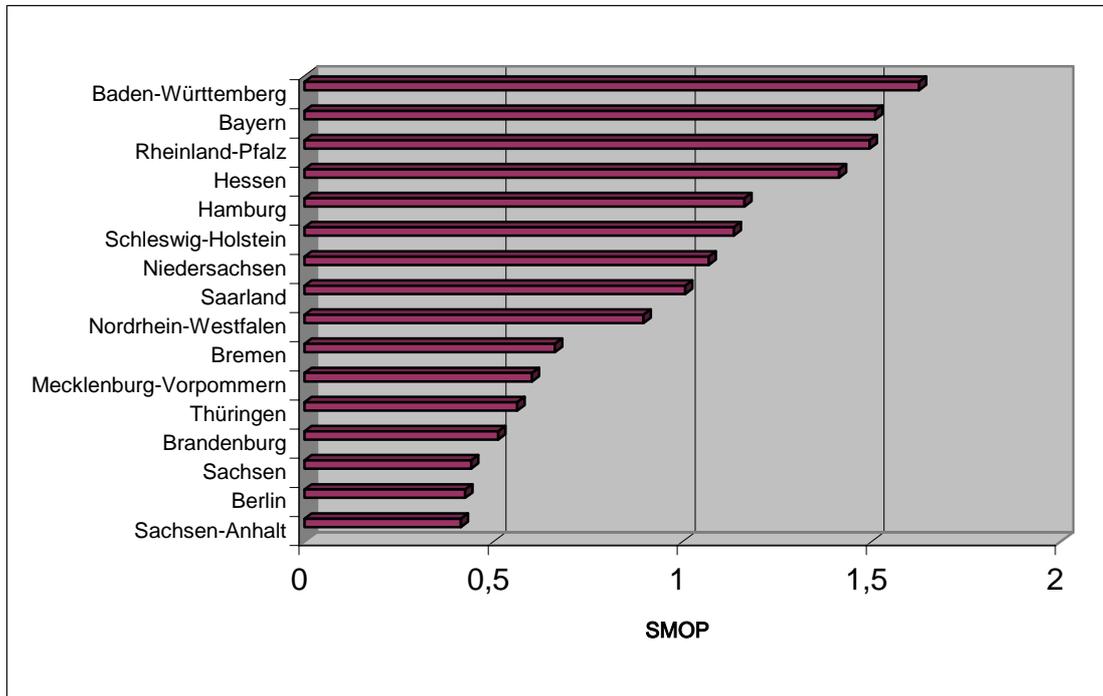
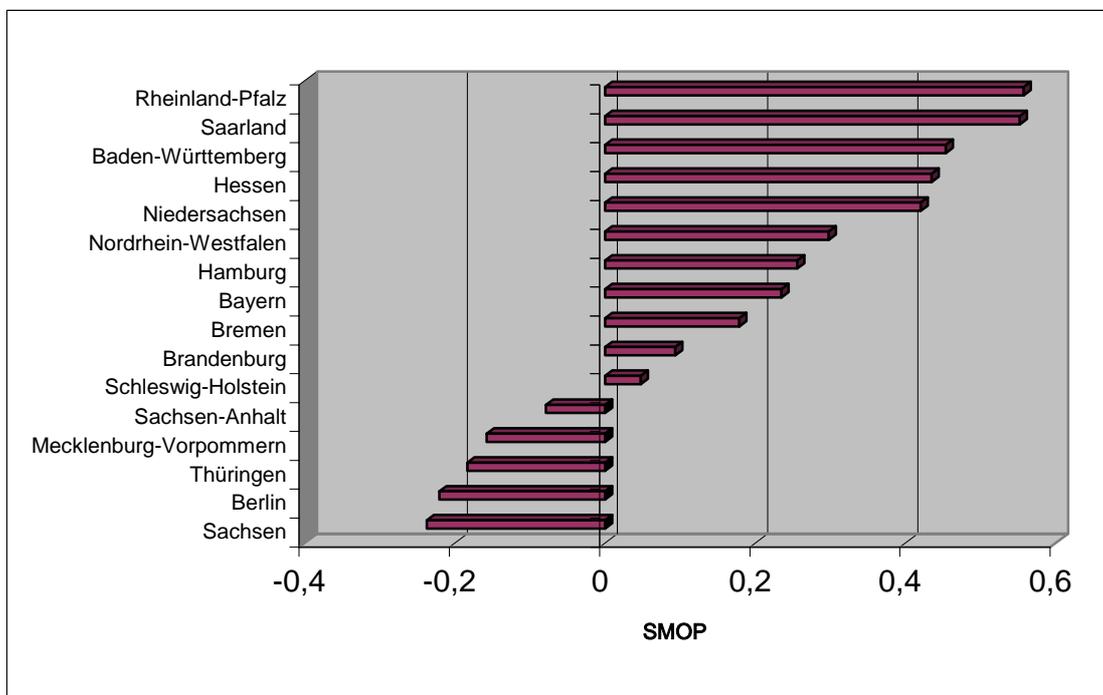


Schaubild 6: Arbeitsmarktranking 2003



**Schaubild 7: Arbeitsmarktranking
Veränderungen SMOP 1998-2003**



- ⊙ **Bayern** und **Baden-Württemberg** bilden in fast allen Bereichen die Spitzengruppe und nehmen dementsprechend auch im Gesamtranking die ersten beiden Positionen ein. Bei der Erwerbsquote liegen die beiden Länder gegenüber den ostdeutschen Bundesländern auf deutlich schlechteren Positionen. Aber unter den westdeutschen Bundesländern nehmen Bayern und Baden-Württemberg auch hier Spitzenpositionen ein. Einzige deutliche Schwäche bildet die Arbeitslosenquote der über 55 Jährigen – beide Länder schneiden hier schlechter ab als alle anderen Bundesländer und nehmen entsprechend den letzten und vorletzten Platz der Tabelle ein. Bei der SMOP-Veränderung kann Bayern nicht ganz überzeugen. Zwar liegt Bayern insgesamt im Mittelfeld, jedoch am unteren Ende im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern. Dass trotz gutem Ausgangsniveau Verbesserungen in der Arbeitsmarktperformanz erreichbar sind, zeigt Baden-Württemberg mit dem drittbesten Ergebnis.
- ⊙ Neu zur Spitzengruppe ist **Rheinland-Pfalz** dazu gestoßen, das sich bei der Gesamtperformanz haarscharf hinter Bayern platzieren und **Hessen** auf den vierten Rang verweisen konnte. Ähnlich wie Baden-Württemberg und Bayern belegen Rheinland-Pfalz und Hessen zusammen fast durchgehend die Ränge drei und vier bei den verschiedenen Indikatoren. Abweichungen sind auch hier lediglich die Erwerbsquote (Hessen: Platz 10/Rheinland-Pfalz: Platz 12) und die Altersarbeitslosenquote (Hessen: Platz 12/Rheinland-Pfalz: Platz 6). Bei der Gesamtperformanz verbessert sich Rheinland-Pfalz stärker als jedes andere Bundesland. Auch Hessen gibt sich hier keine Blöße und kann sich einen souveränen vierten Platz sichern.
- ⊙ Mit etwas Abstand folgt das Mittelfeld aus **Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen**. Bei den meisten Indikatoren nehmen diese Länder konstant Plätze zwischen fünf und neun ein, wobei die Länder oftmals sehr eng beieinander liegen. Ausnahme ist auch hier wieder die Erwerbsquote, wobei alle Länder sich in der unteren Hälfte der Tabelle befinden, insbesondere aber das Saarland mit dem letzten Platz eine gravierende Schwäche aufweist. Positiv schneidet das Saarland dagegen bei der Altersarbeitslosenquote ab (Platz 4), wohingegen Hamburg Schwächen zeigt (Platz 14). Bei der Veränderung des SMOP-Wertes fällt die Beurteilung sehr heterogen aus: Während das Saarland, zusammen mit Rheinland-Pfalz, die stärkste Verbesserung verbucht und sich damit von Platz 15 auf Platz 8 steigern kann, stagniert die Arbeitsmarkt-Performanz in Schleswig-Holstein auf dem Stand von 1998.
- ⊙ Zusammen mit **Bremen** bilden die **ostdeutschen Bundesländer** die Schlussgruppe im Gesamtranking. Zwar gab es bei den **ostdeutschen Bundesländern** bei einzelnen Indikatoren, wie der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit leichte Verbesserungen (allerdings auf unverändert hohem Niveau), dem stehen jedoch starke

Verschlechterungen bei der Langzeitarbeitslosenquote gegenüber. Ebenso bröckelt die ehemals unangefochtene Stellung bei der Erwerbsquote. Dementsprechend verschlechtern sich alle ostdeutschen Bundesländer, bis auf Brandenburg, gegenüber 1998 und es kommt zu einer Vertiefung der Ost-West-Spaltung auf dem Arbeitsmarkt. Die Spaltung fällt jedoch noch dramatischer aus, wenn man bedenkt, dass die guten Altersarbeitslosenquoten nicht auf eine gute Performanz in diesem Arbeitsmarktsektor, sondern auf strukturelle Frühverrentung zurückzuführen sind. **Bremen** kann sich zwar absolut leicht verbessern, jedoch ist der Aufstieg von Platz 14 auf Platz 10 in der Gesamtperformanz nicht auf diese Verbesserung, sondern lediglich auf die Verschlechterung der ostdeutschen Bundesländer zurückzuführen. Dementsprechend konstant bleiben auch die einzelnen Positionen Bremens.

Betrachtet man die Veränderungen bei den einzelnen Indikatoren noch einmal auf einem Blick, so ist eine deutliche Heterogenität zu konstatieren – zum einen im Hinblick auf die einzelnen Leistungsdaten selbst – hier variiert die Performanz ganz erheblich –, zum anderen hinsichtlich der Entwicklungsrichtungen. Veränderungen in der Performanz finden nicht gleichmäßig verteilt über alle Länder statt, sondern in sehr unterschiedlichem Ausmaß und bei unterschiedlichen Indikatoren.

Tabelle 11: Indikatoren und ihre Entwicklung im Vergleich												
	AQ		JAQ		FAQ		LZAQ		AAQ		EQ	
	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2003	1998	2002
Baden-Württemberg	8	6,9	7,4	6,0	8,2	6,5	35,4	23,4	25,7	13,9	72,9	74,4
Bayern	8,1	7,9	6,8	7,3	8,2	7,4	30,9	22,2	26,7	14,1	74,2	74,8
Berlin	17,9	20,2	21,8	18,8	16,3	17,1	33,2	34,1	18,3	11,2	73,5	73,3
Brandenburg	18,8	20,4	17,2	17,3	21,2	19,9	40	39,1	22	10,3	76,5	77,0
Bremen	16,6	14,4	17	11,4	14,9	11,7	39,2	34,8	18,4	12,0	67,7	69,5
Hamburg	12,7	11,3	15,2	9,1	10,7	9,2	37	25,9	19,6	13,3	72,7	73,3
Hessen	10	8,8	10,5	8,0	9,7	7,9	35,9	25,1	22,4	12,8	70,9	73,1
Mecklenburg-Vorpommern	20,5	21,7	18,2	16,9	22,8	20,9	31,6	36,8	17,5	8,4	76,2	74,6
Niedersachsen	12,3	10,7	12,7	9,1	12,5	9,5	38,3	31,0	22,2	11,9	69,3	70,6
Nordrhein-Westfalen	11,7	10,9	12,2	9,2	11,6	9,5	40,5	33,2	22,6	12,8	67,1	69,3
Rheinland-Pfalz	9,7	8,5	10,3	8,1	10	7,8	34,8	25,6	22,7	11,4	69,4	71,5
Saarland	12,6	10,4	12,7	10,0	12	9,1	43,6	32,3	23,4	11,0	65,7	68,1
Sachsen	18,8	19,4	15,9	14,1	21,7	19,8	33,5	39,8	20,4	12,1	77,0	76,2
Sachsen-Anhalt	21,7	21,8	17,8	17,0	24,5	22,2	35	39,1	21	10,4	76,8	75,2
Schleswig-Holstein	11,2	10,9	12,8	10,9	10,2	9,2	32,7	27,3	20	12,4	72,0	72,7
Thüringen	18,3	18,1	15	14,0	21	18,6	31,6	35,4	20,9	11,7	77,3	75,8

Zusammenfassend lassen sich im vorliegenden Zeitraum mehrere Entwicklungsrichtungen identifizieren:

1. Homogene Verbesserungen:

Alle Bundesländer konnten Verbesserungen bei der Jugendarbeitslosenquote erzielen, lediglich Bayern verzeichnet hier ein leichtes Plus von 0,5 Prozentpunkte; Brandenburg als zweite Ausnahme stagnierte auf dem Stand von 1998. Ebenso positiv verlief die Entwicklung bei der Frauenarbeitslosenquote: Hier stellt Berlin mit einem Anstieg um 0,8 Prozentpunkte die einzige Ausnahme dar.

2. Teil-Homogene Entwicklungen:

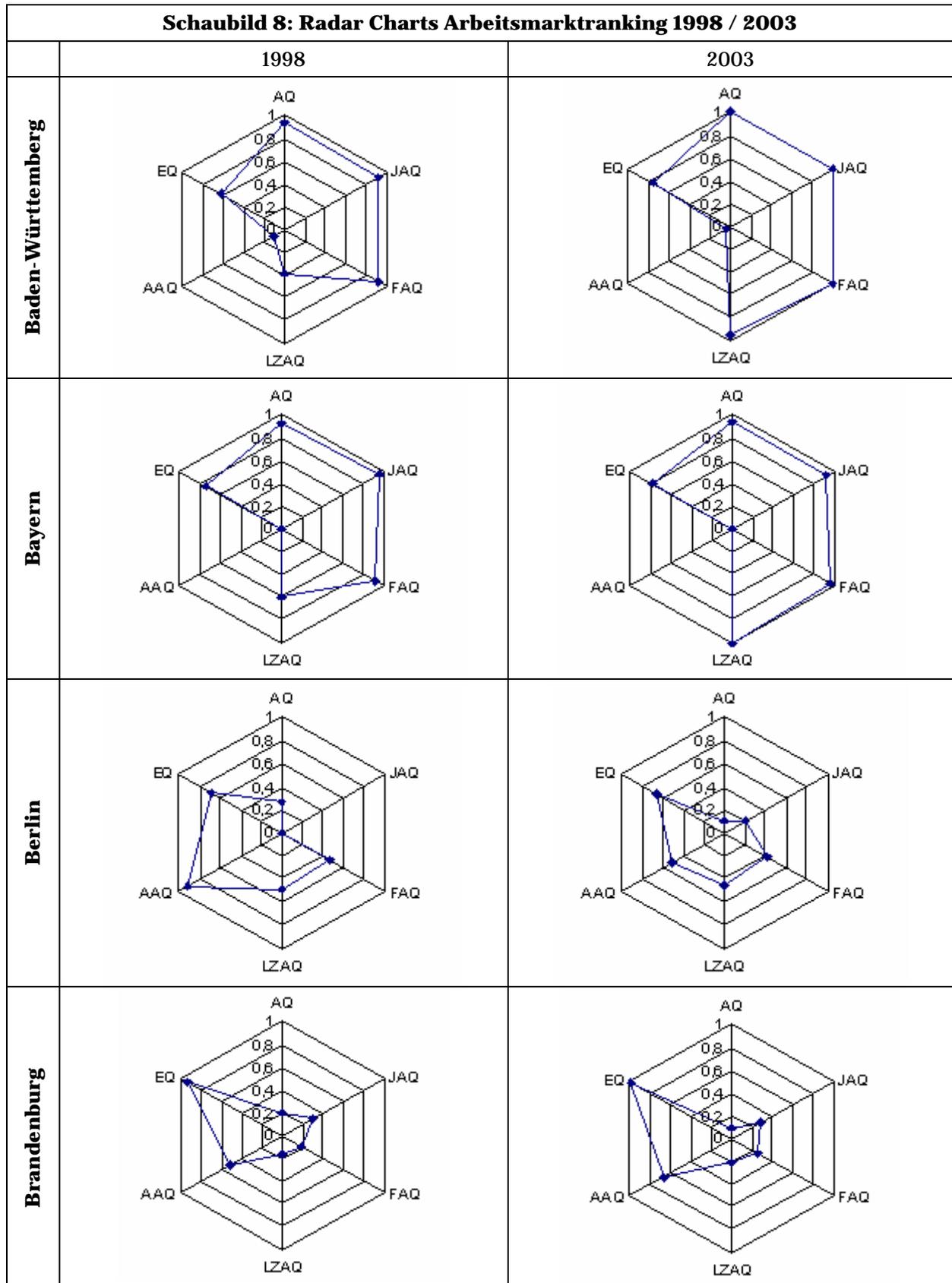
Neben den homogenen sind vor allem die teil-homogenen Entwicklungen auffallend: Während sich bei den westdeutschen Bundesländern Verbesserungen bei der Langzeitarbeitslosigkeit als auch bei der Erwerbsquote einstellen, steigt bzw. stagniert der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland, bzw. fällt die Erwerbsquote (bis auf Brandenburg).

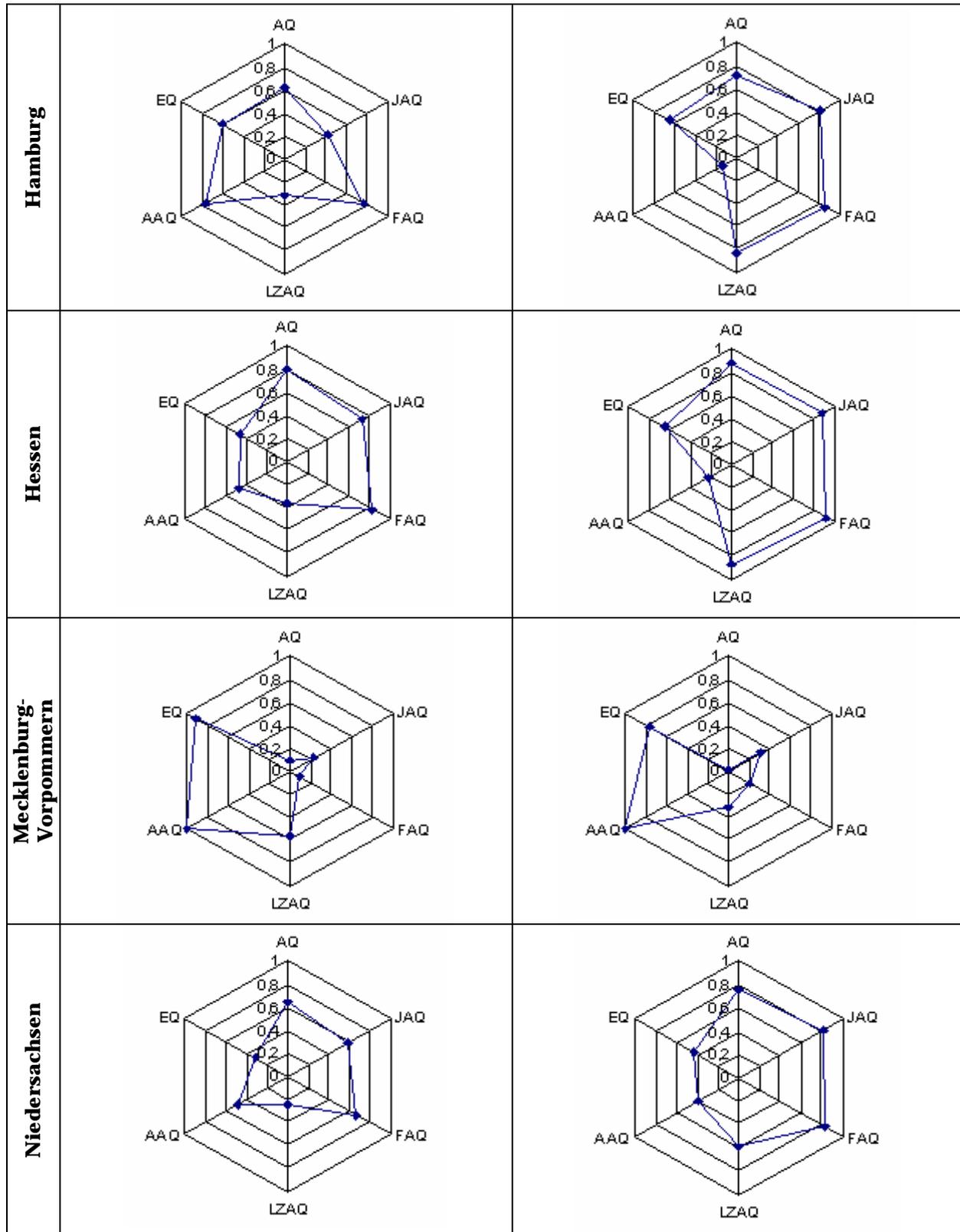
Etwas abgeschwächt, kann man auch die Entwicklung der Gesamtarbeitslosigkeit zu den teil-homogenen Entwicklungen zählen: Bis auf Bayern und Schleswig-Holstein, die ihre Arbeitslosenquote nur marginal um 0,2 Prozentpunkte bzw. 0,3 Prozentpunkte senken konnten, fällt bei den restlichen westdeutschen Länder die Senkung deutlicher aus (zwischen ein und zwei Prozentpunkten). In Ostdeutschland bilden Sachsen-Anhalt und Thüringen die Ausnahme: Während Sachsen-Anhalt seine Arbeitslosenquote konstant halten und Thüringen sogar einen leichten Rückgang um 0,2 Prozentpunkte erreichen konnte, stiegen in den restlichen ostdeutschen Bundesländer die Arbeitslosenquoten trotz des hohen Niveaus noch weiter an.

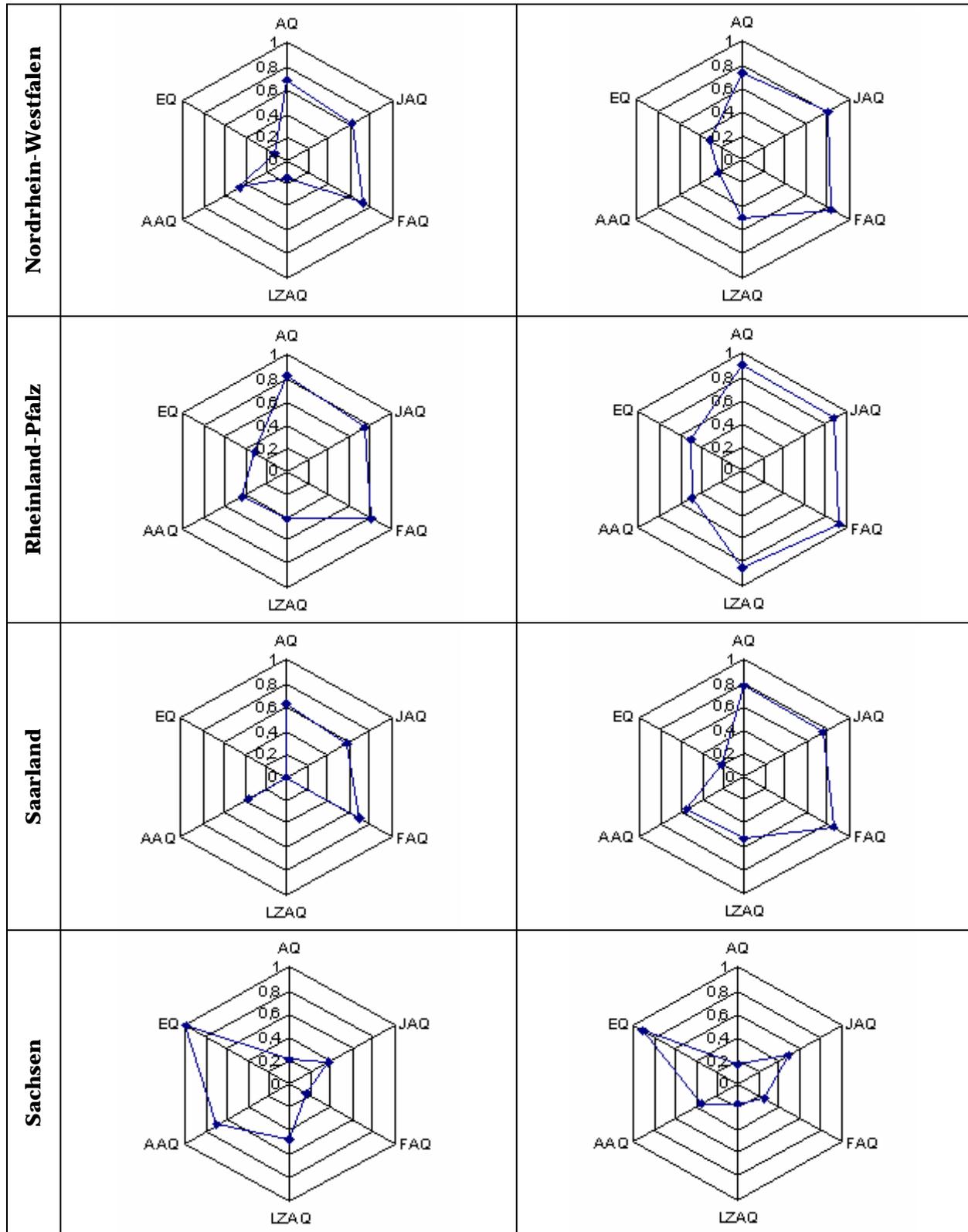
3. Heterogene Entwicklungen:

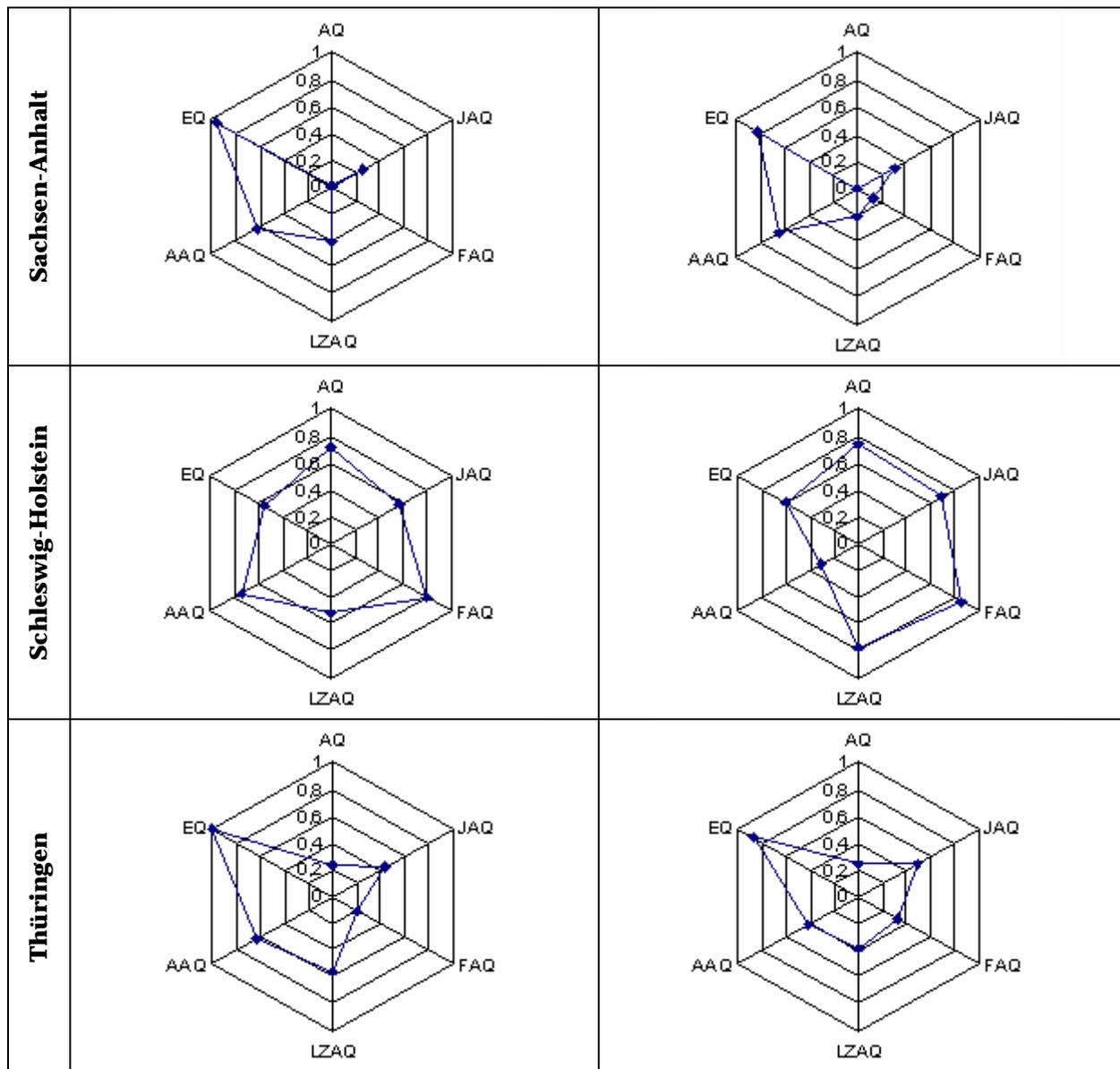
Allein die Altersarbeitslosenquote der über 55 Jährigen wies keinen erkennbaren Trend auf. Die Veränderung der Rangpositionen verlief quer durch die ansonsten häufig anzutreffende Ost-West-Teilung.

Schaubild 8: Radar Charts Arbeitsmarktranking 1998 / 2003









5 Teilstudie III: Wirtschafts-Benchmarking 1998 und 2002

5.1 Zur Analyse herangezogene Arbeitsmarktindikatoren

Für das vorliegende Wirtschafts-Ranking wurden folgende Indikatoren herangezogen:

- (1) Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung
- (2) Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- (3) Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe pro Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe
- (4) Investitionen im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
- (5) Insolvenzen der Unternehmen pro 1.000 Unternehmen
- (6) Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung (Sozialhilfequote)

Als Bezugspunkte wurden die Jahre 1998 und 2002 gewählt; die Länder wurden wiederum über beide Jahre standardisiert, so dass auch absolute Aussagen über die Wirtschaftsperformanz der einzelnen Länder getroffen werden können. Im Gegensatz zum Arbeitsmarkt-Benchmarking sind hier allein die Flächenländer einbezogen worden, *da die besonderen ökonomischen und sozialen Lagen der Stadtstaaten erhebliche Verzerrungen bei der Standardisierung und Positionierung verursacht hätten.*

Der Auswahl der Indikatoren liegt die Überlegung zugrunde, dass für eine Einschätzung der sozioökonomischen Performanz sowohl klassische Indikatoren zur Leistungsfähigkeit der Ökonomie heranzuziehen als auch „dynamische“ Kriterien und schließlich ein Armutsindikator zu berücksichtigen sind. Mit den beiden Indikatoren zur Bruttowertschöpfung im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe pro Beschäftigten wurde intendiert, mehr als nur die allgemeine Wirtschaftskraft des Landes (gemessen als Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung) zu untersuchen, sondern darüber hinaus die Leistungsfähigkeit innerhalb einzelner Wirtschaftsbereiche zu erfassen. Um dynamische Faktoren in das Ranking einfließen zu lassen, wurden zudem die Investitionen im produzierenden Gewerbe sowie die Insolvenzen (quasi als negative Gegenstücke) einbezogen. Mit dem Indikator „Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung“ wurde schließlich ein Kriterium

einbezogen, das die sozioökonomische Situation des untersten Bevölkerungssegmentes widerspiegelt, da die Daten zur Bruttowertschöpfung noch wenig über die Verteilung des Einkommens aussagen. Hiermit wurden die ökonomischen Daten in einen wohlfahrtsstaatlichen Kontext gesetzt⁶. Indikatoren zur Arbeitswelt (Arbeitslose, Erwerbsbeteiligung etc.), die im ökonomischen Zusammenhang wichtig sind, wurden wegen des gesonderten Arbeitsmarktranking nicht in das vorliegende Ranking aufgenommen.

5.2 Ökonomische Performanz: Benchmarking der Einzelindikatoren

5.2.1 Bruttowertschöpfung

Wird die allgemeine Wirtschaftskraft der Länder anhand der Bruttowertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung gemessen, so ist zunächst auffallend, dass Hessen trotz des schwächsten Wachstums zu beiden Zeitpunkten die beste Performanz zeigt, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Im mittleren Bereich liegen Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, wobei bei den letzten drei Ländern die Unterschiede in der Bruttowertschöpfung marginal sind. Beim Betrachten der zeitlichen Perspektive kann man eine Stabilität der ersten vier Ränge konstatieren – markant ist lediglich die Verringerung des Abstandes zwischen Hessen und den nachfolgenden Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Im Mittelfeld dagegen liegen die Werte der Länder zu nah aneinander, als dass die Rangveränderungen substantiell interpretiert werden könnten. Lediglich das Saarland setzt sich mit einer Verbesserung um zwei Positionen leicht von seinen Nachfolgern ab.

⁶ Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung als „soziales“ Kriterium macht im übrigen nur im intranationalen Vergleich Sinn. Im internationalen Vergleich dagegen müssten aufgrund der unterschiedlichen institutionellen Regelungen hinsichtlich der sozialen Unterstützung andere Indikatoren gewählt werden. Denkbar wäre hier der Abstand zwischen dem obersten und untersten Einkommensquantil o.ä.; hier liegen im übrigen für die Länderebene keine Daten vor.

Tabelle 12: Bruttowertschöpfung 1998 und 2002						
(BWS in 1.000 € pro Kopf der Bevölkerung)						
Quelle: StBA; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang
Hessen	29,15	1	29,30	1	0,15	0
Bayern	26,36	2	27,74	2	1,38	0
Baden-Württemberg	25,86	3	26,86	3	1,00	0
Nordrhein-Westfalen	22,36	4	23,91	4	1,55	0
Saarland	20,62	7	22,24	5	1,62	+2
Schleswig-Holstein	20,94	5	21,70	6	0,76	-1
Rheinland-Pfalz	19,71	8	21,41	7	1,70	+1
Niedersachsen	20,85	6	21,37	8	0,52	-2
Sachsen	13,96	10	16,23	9	2,27	+1
Brandenburg	15,22	9	15,91	10	0,69	-1
Thüringen	13,51	11	15,84	11	2,32	0
Sachsen-Anhalt	13,32	13	15,83	12	2,51	+1
Mecklenburg-Vorpommern	13,49	12	15,81	13	2,32	-1

Mit deutlichem Abstand zu den westdeutschen Ländern bilden die ostdeutschen die untere Gruppe bei der Bruttowertschöpfung – Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu beiden Zeitpunkten mit der schwächsten Performanz. War die Gruppe 1998 noch vergleichsweise heterogen – Brandenburg lag recht deutlich vor den anderen vier Ländern –, gleichen sich die Daten bis 2002 stärker an, wobei die anderen Länder gegenüber Brandenburg aufholen. Positiv sticht hier auch die Veränderung der Bruttowertschöpfung hervor: Bis auf Brandenburg konnten die ostdeutschen Bundesländer ein deutlich größeres Wachstum verzeichnen als die westdeutschen.

Dennoch liegen sämtliche Werte in Ostdeutschland sowohl 1998 als auch 2002 markant unter den westdeutschen. Hessen erwirtschaftete pro Kopf seiner Bevölkerung 1998 noch über das Doppelte der einzelnen neuen Länder und auch 2002 wird nahezu der doppelte Wert erreicht.

Ein Grund für die niedrige Bruttowertschöpfung pro Kopf ist sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit im Osten. Jedoch zeigt sich auch bei der Umrechnung auf die Beschäftigten in den einzelnen Sektoren (vgl. Abschn. 5.2.2 und 5.2.3), dass es noch einige Probleme hinsichtlich der ökonomischen Leistungsfähigkeit in Ostdeutschland gibt und es offensichtlich noch immenser Anstrengungen bedarf, um sich dem Westen anzunähern.

5.2.2 Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe

Wird die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe nun auf die in diesem Sektor Beschäftigten umgerechnet, so belegt Baden-Württemberg mit seiner gesunden Automobil- und Maschinenbauindustrie und seiner vergleichsweise florierenden mittelständischen Industriestruktur einen deutlichen ersten Platz im Ranking.

Tabelle 13: Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe 1998 und 2002						
(BWS im Produzierenden Gewerbe in 1.000 € pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe)						
Quelle: StBA; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang
Baden-Württemberg	56,09	1	54,30	1	-1,80	0
Hessen	49,80	4	52,38	2	2,58	+2
Bayern	52,63	2	49,88	3	-2,75	-1
Saarland	49,39	5	49,51	4	0,12	+1
Niedersachsen	48,83	6	49,17	5	0,34	+1
Schleswig-Holstein	48,72	7	48,21	6	-0,51	+1
Nordrhein-Westfalen	52,51	3	48,06	7	-4,45	-4
Rheinland-Pfalz	45,93	8	47,22	8	1,29	0
Sachsen	33,46	11	34,46	9	1,00	+2
Brandenburg	44,10	9	34,32	10	-9,78	-1
Sachsen-Anhalt	36,04	10	33,58	11	-2,46	-1
Mecklenburg-Vorpommern	31,02	13	31,17	12	0,15	+1
Thüringen	32,27	12	31,01	13	-1,26	-1

Folgen 1998 noch Bayern, dann Nordrhein-Westfalen, Hessen, das Saarland und Niedersachsen, so finden bis 2002 einige Verschiebungen statt: Auf Platz zwei rückt nun Hessen (zwar mit noch deutlichem aber geringer werdendem Abstand zu Platz eins), erst Position drei wird von Bayern belegt, das damit um eine Position abfällt. Nahe beieinander liegen das Saarland (plus eine Position) und Niedersachsen (ebenfalls plus eine Position) auf den Plätzen vier und fünf, sowie Schleswig-Holstein (plus eine Position) und Nordrhein-Westfalen (minus vier Positionen) auf den Plätzen sechs und sieben der Rangliste.

Die letzten fünf Positionen werden wieder von den neuen Ländern belegt, wobei Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen in beiden Jahren die geringste Wertschöpfung pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe erzielen. Sachsen rückt von Platz elf auf Platz neun auf; Brandenburg fällt mit einem sehr deutlichen Rückgang der Wertschöpfung von Platz neun auf Platz elf zurück.

Obwohl die Tendenz bei der Belegung der verschiedenen Positionen recht stabil ist (die meisten „cluster“ bleiben nahe zusammen), sind die Entwicklungen sehr unterschiedlich: Nur Hessen kann bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe stark zulegen. Während Rheinland-Pfalz und Sachsen noch ein mittleres Wachstum ausweisen, sind die Zuwächse in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern marginal. In den restlichen Bundesländer sinkt dagegen die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe, besonders stark in Nordrhein-Westfalen (minus 4500 €) und Brandenburg (minus 9800 €).

5.2.3 Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe

Anders sieht dies im Dienstleistungssektor aus. Abgesehen von Hessen sind in allen anderen Ländern Zuwächse (in Ostdeutschland zum Teil sogar recht beachtliche) zu verzeichnen. Gleichwohl liegt Hessen mit seiner Dienstleistungs- und Finanzmetropole Frankfurt auch 2002 noch mit Abstand an erster Stelle. Verglichen mit 1998 hat sich der Abstand gegenüber Bayern als Platz 2 deutlich verringert. Baden-Württemberg, 1998 noch Platz 3, wurde von Nordrhein-Westfalen überholt und belegt nun den vierten Platz.

Das Saarland liegt mit Luft zu den Nachbarplätzen an fünfter Stelle, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ziemlich eng auf den Rängen sechs bis acht. Die neuen Bundesländer bilden wie üblich bei diesem Indikator die Schlussgruppe, auch hier mit deutlichem Abstand zu den westdeutschen Ländern. Auffallend sind jedoch wiederum die deutlich höheren Wachstumsraten der ostdeutschen Länder gegenüber den westdeutschen. Insbesondere Sachsen-Anhalt sticht mit einem Wachstum von 9600 € und einer Verbesserung um zwei Plätze hervor.

Tabelle 14: Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe 1998 und 2002						
(BWS im Dienstleistungsgewerbe in 1.000 € pro Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe)						
Quelle: StBA; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang	1.000 €	Rang
Hessen	75,04	1	70,14	1	-4,90	0
Bayern	59,94	2	64,79	2	4,85	0
Nordrhein-Westfalen	56,17	4	61,58	3	5,41	+1
Baden-Württemberg	57,56	3	60,45	4	2,89	-1
Saarland	53,91	5	56,62	5	2,71	0
Schleswig-Holstein	46,83	7	51,51	6	4,67	+1
Niedersachsen	49,35	6	51,36	7	2,02	-1
Rheinland-Pfalz	46,11	8	50,03	8	3,92	0
Sachsen-Anhalt	31,94	11	41,52	9	9,58	+2
Sachsen	34,19	9	41,48	10	7,29	-1
Mecklenburg-Vorpommern	34,11	10	41,04	11	6,92	-1
Thüringen	31,48	13	38,70	12	7,21	+1
Brandenburg	31,77	12	38,03	13	6,25	-1

5.2.4 Sozialhilfequote

Die Sozialhilfequote stellt einen Armutsindikator dar, der üblicherweise in engem Zusammenhang mit der Höhe der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit steht. Mit der Erholung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit kann der Anteil der Bevölkerung, der Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, ebenfalls gesenkt werden. In fünf Ländern der Bundesrepublik - Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt - gelingt dies zwischen 1998 und 2002 jedoch nicht. Betrachtet man parallel hierzu nun die Arbeitsmarktdaten, lässt sich der oben genannte Zusammenhang nachvollziehen: In allen Ländern der Bundesrepublik ist die Arbeitslosigkeit zwischen 1998 und 2002 zurückgegangen, außer in den genannten Ländern (ohne Thüringen). In Thüringen ist die Arbeitslosenquote zwar gesunken, jedoch nur um 0,2 %, also so geringfügig, dass sich dies offensichtlich nicht auf den Anteil der Sozialhilfeempfänger ausgewirkt hat. Mehr noch, wird nun die Langzeitarbeitslosigkeit hinzugezogen, zeigt sich, dass die Länder mit einem Zuwachs an Langzeitarbeitslosen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) auch jene Länder sind, die einen Zuwachs an Sozialhilfeempfängern zu verzeichnen haben. Die Ausnahme bildet Brandenburg, das zwar die

Langzeitarbeitslosigkeit senken konnte, aber nur so marginal (um 0,9 %), dass auch hier kein Effekt auf die Sozialhilfeempfänger durchschlagen konnte.

Tabelle 15: Sozialhilfequoten 1998 und 2002						
(Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt; Anteil an der Bevölkerung in %)						
Quelle: BA; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	Quote	Rang	Quote	Rang	Quote	Rang
Bayern	2,05	3	1,71	1	-0,34	+2
Baden-Württemberg	2,44	5	1,96	2	-0,48	+3
Thüringen	1,98	1	2,09	3	0,11	-2
Rheinland-Pfalz	3,06	8	2,46	4	-0,60	+4
Brandenburg	2,14	4	2,56	5	0,42	-1
Sachsen	1,99	2	2,71	6	0,72	-4
Mecklenburg-Vorpommern	2,60	6	3,27	7	0,67	-1
Sachsen-Anhalt	2,70	7	3,45	8	0,75	-1
Nordrhein-Westfalen	3,87	9	3,65	9	-0,22	0
Hessen	4,34	11	3,76	10	-0,58	+1
Niedersachsen	4,30	10	3,85	11	-0,45	-1
Schleswig-Holstein	4,50	12	4,15	12	-0,35	0
Saarland	5,00	13	4,32	13	-0,68	0

Die Schlussgruppe des Einzelrankings wird von Sachsen-Anhalt sowie den fünf westdeutschen Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland gebildet. Hier haben zwischen 1998 und 2002 nur geringfügige Veränderungen stattgefunden. Die beste Position nimmt Bayern ein (plus zwei Positionen), dicht gefolgt von Baden-Württemberg (plus drei) und Thüringen (minus zwei). Im Mittelfeld liegen Rheinland-Pfalz (mit einer deutlichen Verbesserung um vier Plätze), Brandenburg, Sachsen (minus vier Plätze) und, schon näher an der Schlussgruppe, Mecklenburg-Vorpommern.

5.2.5 Investitionen

Im Vergleich zum Ranking 1998 kommt es 2002 zu starken Umwälzungen: So werden gleich die ersten beiden Plätzen von Aufsteigern belegt: Sachsen konnte sich mit einem Anstieg der Investitionen im produzierenden Gewerbe um 1600 € pro Beschäftigten um vier Plätze verbessern und sich an die Spitze setzen, dicht gefolgt von Thüringen und Hessen. Die größte Verbesserung sowohl im Rang als auch bei den Investitionswerten konnte Thüringen für sich verbuchen (neun Ränge/2400 €). Auf Platz vier folgt Bayern, das trotz einer beachtlichen Steigerung der Investitionen

einen Rang einbüßt. Das Mittelfeld bilden Baden-Württemberg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und das Saarland. Der ehemalige Platz 1, Sachsen-Anhalt, fällt um neun Plätze und führt die Schlussgruppe aus Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an.

Auffällig ist, dass es bei den Investitionen nur eine negative Entwicklung (Sachsen-Anhalt: minus 2450 €) gibt. Ansonsten bleiben die Investitionen stabil (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) oder steigen.

Mittlerweile scheint sich in den ostdeutschen Bundesländern hinsichtlich der Investitionen eine gewisse Normalisierung eingestellt zu haben. Lagen in den Anfangsjahren nach der Wiedervereinigung die Investitionen in allen neuen Ländern noch sehr deutlich über denen in den alten Ländern, differenzierte sich die Lage später aus und die ostdeutschen Länder zeigten kein einheitliches Bild mehr. Angesichts der ansonsten durchaus schlechten Wirtschaftslage, ist diese Entwicklung eher mit Skepsis zu beurteilen. So kann (z.B. anhand des Anteils der Beschäftigten in den verschiedenen Sektoren) beobachtet werden, dass der Erfolg von Ländern wie Baden-Württemberg und Bayern sich nicht alleine auf den wachsenden Dienstleistungsanteil zurückführen lässt, sondern das industrielle Standbein hier ungebrochen stark ist.

Tabelle 16: Investitionen im produzierenden Gewerbe 1998 und 2002

(Investitionen im Produzierenden Gewerbe pro Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe)

Quelle: StBA; eigene Berechnungen

	1998		2002		Veränderung	
	€	Rang	€	Rang	€	Rang
Sachsen	5.447	5	7.082	1	1.636	+4
Thüringen	4.552	11	6.997	2	2.445	+9
Hessen	6.296	2	6.856	3	561	-1
Bayern	5.621	3	6.771	4	1.151	-1
Baden-Württemberg	5.537	4	6.145	5	608	-1
Brandenburg	5.142	8	5.739	6	597	+2
Nordrhein-Westfalen	5.231	7	5.658	7	427	0
Niedersachsen	5.374	6	5.378	8	5	-2
Saarland	4.577	10	5.239	9	662	+1
Sachsen-Anhalt	7.544	1	5.097	10	-2.448	-9
Rheinland-Pfalz	4.977	9	4.976	11	-1	-2
Mecklenburg-Vorpommern	4.029	13	4.374	12	346	+1
Schleswig-Holstein	4.101	12	4.141	13	40	-1

5.2.6 Insolvenzen

Der letzte in diesem Ranking betrachtete Indikator, die Insolvenzen, ist gerade im Bundestagswahlkampf 2002 ins Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Grund hierfür waren die rapide steigenden Insolvenzzahlen in den Statistiken. Bei der Interpretation ist jedoch dringend Vorsicht geboten, so ist ein Großteil der steigenden Insolvenzen auf die seit 1999 mögliche Anmeldung der Insolvenz durch Privatpersonen zurückzuführen. Aus diesem Grund wurden im Folgenden nur Unternehmensinsolvenzen ins Ranking aufgenommen. Jedoch führten einige Veränderungen im neuen Insolvenzrecht auch hier zu einer (allerdings sehr leichten) Erhöhung des Gesamtniveaus – 1998 und 2002 sind in absoluten Zahlen damit nicht vergleichbar, alleine die Rangfolge kann miteinander verglichen werden⁷.

Hinsichtlich dieser wird zu beiden Zeitpunkten der beste Platz von Baden-Württemberg belegt. Auffallend ist die positive Entwicklung im Saarland – das Land kann sich um sechs Positionen von Platz acht auf Platz zwei verbessern; dabei ist die Zahl der Insolvenzen rückgängig – und dies trotz des neuen Insolvenzrechts. Auf den Plätzen drei bis sechs folgen relativ nah beieinander Bayern (minus einen Platz), Hessen (plus zwei), Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (jeweils minus zwei). Schleswig-Holstein belegt in beiden Vergleichsjahren Platz sieben, jedoch ist die Kluft zum Vorderplatz 2002 größer geworden. Das hintere Mittelfeld bilden Nordrhein-Westfalen (minus drei) und Thüringen (plus ein Platz). Die Schlussgruppe besteht aus Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und auf dem letzten Platz, wie schon 1998, Sachsen-Anhalt.

Bemerkenswert ist in dieser Gruppe zum einen Sachsen, das neben dem Saarland als einziges Bundesland es geschafft hat, seine Insolvenzquote zu senken und damit zwei Plätze aufsteigt. Negativ fallen, selbst bei Berücksichtigung der rechtlichen und statistischen Änderungen, vor allem die großen Steigerungen der Insolvenzzahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf.

Auch bei diesen Daten liegen die neuen Länder wieder mit Abstand auf den letzten Rängen. Die Insolvenzzahlen für Mecklenburg-Vorpommern betragen 2002 fast das Vierfache der Zahlen für Baden-Württemberg. Schon 1998 waren ähnliche

⁷ Der starke Anstieg der Insolvenzen bei Einzelunternehmen, bei Angehörigen freier Berufe und natürlichen Personen im Jahre 2002 ist vor allem in einer weiteren Änderung des Insolvenzrechts Ende 2001 begründet. Dabei wurde der Zeitraum bis zur möglichen Befreiung von Restschulden von sieben auf sechs Jahre verkürzt. Zudem können seit Dezember 2001 die Verfahrenskosten für mittellose Personen und Unternehmen gestundet werden. Dies hat dazu geführt, dass viele Betroffene die Rechtsänderung abgewartet und erst 2002 einen Insolvenzantrag gestellt haben. Vergleichbar zwischen 2002 und 2001 sind deswegen nur die Insolvenzen bei Personen- und Kapitalgesellschaften.

Relationen zwischen Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg festzustellen. Damit belegen auch diese Daten die äußerst instabile Lage in Ostdeutschland.

Tabelle 17: Insolvenzen der Unternehmen 1989 und 2002						
(Insolvenzen der Unternehmen pro 10.000 Unternehmen*)						
Quelle: StBA; eigene Berechnungen						
	1998		2002		Veränderung	
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl*	Rang
Baden-Württemberg	59	1	83	1	-	0
Saarland	91	8	88	2	-	+6
Bayern	70	2	93	3	-	-1
Hessen	87	6	97	4	-	+2
Rheinland-Pfalz	76	3	100	5	-	-2
Niedersachsen	81	4	108	6	-	-2
Schleswig-Holstein	89	7	140	7	-	0
Nordrhein-Westfalen	84	5	151	8	-	-3
Thüringen	182	10	186	9	-	+1
Sachsen	210	12	201	10	-	+2
Brandenburg	195	11	206	11	-	0
Mecklenburg-Vorpommern	166	9	227	12	-	-3
Sachsen-Anhalt	242	13	300	13	-	0

* Aufgrund der Änderung des Insolvenzrechts sind die Daten zwischen den Jahren nicht vergleichbar. Länder innerhalb eines Jahres sowie die Rangfolge im Jahresvergleich sind uneingeschränkt vergleichbar.

5.3 Zusammenfassung und Gesamtdarstellung: Wirtschafts-Benchmarking

Die ökonomische Entwicklung zwischen 1998 und 2002 zeigt sich bis auf die beiden Ausnahmen Thüringen und Sachsen-Anhalt insgesamt wenig spektakulär. Die Investitionstätigkeit hat sich in fast allen Ländern verstärkt, lediglich Sachsen-Anhalt verzeichnete einen, allerdings sehr deutlichen, Rückgang der Investitionen. Verbessert hat sich die Sozialhilfequote nur in den westlichen Bundesländern, die ostdeutschen hingegen verzeichneten hier einen relativ starken Anstieg. Einem fast durchgehenden Zuwachs der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe stehen heterogene Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe gegenüber.

Betrachtet man die Veränderungen der SMOP-Werte so kann festgestellt werden, dass insgesamt fast alle Bundesländer ihre Wirtschaftsperformanz gegenüber 1998 verbessern konnten. Am stärksten gelang dies Thüringen, das sich um vier Plätze auf den achten Platz verbessern konnte und nun Anschluss an das Mittelfeld gefunden

hat. Weitgehend konstant blieb die Wirtschaftsperformanz hingegen bei Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Einzig in Sachsen-Anhalt verschlechterte sich die Wirtschaftssituation dramatisch, so dass Sachsen-Anhalt vier Plätze nach unten auf den letzten Platz rutscht.

	1998		2002		Veränderung	
	SMOP	Rang	SMOP	Rang	SMOP	Rang
Bayern	1,5656	2	1,9284	1	0,3628	+1
Baden-Württemberg	1,5687	1	1,8033	2	0,2346	-1
Hessen	1,4735	3	1,7135	3	0,2400	0
Rheinland-Pfalz	0,7396	5	0,9625	4	0,2230	+1
Nordrhein-Westfalen	0,9615	4	0,9428	5	-0,0187	-1
Saarland	0,6257	7	0,9011	6	0,2754	+1
Niedersachsen	0,7276	6	0,8247	7	0,0971	-1
Thüringen	0,1977	12	0,6210	8	0,4234	+4
Schleswig-Holstein	0,5719	8	0,5912	9	0,0192	-1
Sachsen	0,2529	11	0,5577	10	0,3048	+1
Brandenburg	0,3914	10	0,3760	11	-0,0154	-1
Mecklenburg-Vorpommern	0,1522	13	0,1594	12	0,0072	+1
Sachsen-Anhalt	0,3925	9	0,1396	13	-0,2529	-4

- ⊙ **Bayern, Baden-Württemberg** und **Hessen** bilden die drei Bundesländer mit den deutlich besten ökonomischen Performanzdaten. Lagen Bayern und Baden-Württembergs 1998 noch gleich auf, konnte sich Bayern 2002 ein wenig von Baden-Württemberg absetzen. Da beide Länder jedoch bei allen Indikatoren nahe beieinander liegen, ist die Positionszuweisung nicht zwingend stabil und reagiert äußerst sensibel auf die Veränderung einzelner Indikatoren. Als „ewiger Dritter“ im Wirtschaftsranking baut Hessen zwar wieder deutlichen Abstand zum Mittelfeld auf, kommt aber dennoch nicht so recht an die beiden Tabellenführer ran. Grund hierfür ist vor allem die hohe Sozialhilfequote Hessens.
- ⊙ **Rheinland-Pfalz** führt zusammen mit Nordrhein-Westfalen das Mittelfeld an. Gegenüber 1998 konnte sich das Land um einen Platz verbessern und Nordrhein-Westfalen knapp überholen. Allerdings ist der Leistungsabstand zu den Spitzenländern deutlich. Bei allen Bruttowertschöpfungs-Indikatoren schneidet Rheinland-Pfalz 2002 besser ab, erreicht jedoch stets nur einen Mittelfeldplatz (achter, bzw. siebter Platz). Mit einer deutlichen Verringerung der Sozialhilfequote konnten vier Plätze gut gemacht werden, so dass Rheinland-Pfalz sich hier einen guten vierten Platz sichert. Negativ

hingegen fällt die Erhöhung der Insolvenzen auf, die Rheinland-Pfalz von Platz drei auf Platz fünf abrutschen lässt. Größtes Manko bleiben jedoch die Investitionen, bei denen nur der elfte Platz erreicht wird.

- ⊙ Trotz diverser ernster Probleme im Ruhrgebiet liegt die Gesamtperformanz **Nordrhein-Westfalens** – knapp hinter Rheinland-Pfalz – an der Spitze eines recht breiten Mittelfelds. Besonders stark stellt sich das Bundesland bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich dar, bei der, dank einer guten Entwicklung, der dritte Platz erreicht wird. Augenfällig steht dieser positiven Entwicklung eine negative im Produzierenden Gewerbe gegenüber, bei der Nordrhein-Westfalen um vier Plätze auf den siebten fällt. Bis auf die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen, bei der Nordrhein-Westfalen um drei Plätze auf den achten abrutscht, bleibt das Land bei den restlichen Indikatoren stabil.
- ⊙ Das **Saarland** kann dank einer Verbesserung in fast allen Indikatoren insgesamt einen Platz gut machen und sich auf dem sechsten Platz positionieren. Die größte Rangsteigerung wurde dabei bei der Anzahl der Insolvenzen erzielt, bei dem sich das Saarland um sechs Plätze an die Spitze, hinter Baden-Württemberg, setzen konnte. Zwei Plätze steigt das Saarland bei der Bruttowertschöpfung pro Kopf auf (Platz fünf), jeweils einen bei den Investitionen (Platz neun) und der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (Platz vier). Stabil auf Platz fünf bleibt das Land bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe. Die Achillesferse des Saarlands ist jedoch die Sozialhilfequote – trotz einer beachtlichen Verringerung, verharrt das Land weiterhin auf dem letzten Platz.
- ⊙ Trotz mancher Verbesserungen bei den absoluten Zahlen verliert **Niedersachsen** bei fast allen Indikatoren ein oder zwei Rangplätze und landet somit insgesamt auf Platz sieben. Einzig bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe gewinnt Niedersachsen einen Platz (auf Platz fünf) hinzu, was aber weniger auf die eigene Verbesserung als vielmehr auf das starke Absinken von Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich zurückzuführen ist. Die deutlichsten Schwächen sind beim Armutsindikator zu beobachten: Im Jahre 2002 liegt Niedersachsen auf Platz elf bei der Sozialhilfequote. Bei den restlichen Indikatoren landet Niedersachsen im mittleren und hinteren Mittelfeld.
- ⊙ Der relative Sieger des Wirtschaftsrankings ist eindeutig **Thüringen**: Kein anderes Bundesland konnte sich so stark hinsichtlich des Ranges (plus vier) und der gesamten Wirtschaftsperformanz verbessern. Mit dem achten Platz verlässt Thüringen die Schlussgruppe und kann erstmalig im Gesamtwirtschaftsranking ein westdeutsches Bundesland, Schleswig-Holstein, überholen. Dennoch bleiben die Schwächen Thüringens eklatant: So wird bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe der vorletzte und im Produzierenden Gewerbe gar nur der letzte Platz erreicht. Neben der

Bruttowertschöpfung teilt Thüringen auch die hohen Insolvenzzahlen mit den anderen ostdeutschen Bundesländern: Zwar konnte sich Thüringen um einen Platz verbessern, landete aber dennoch nur auf dem neunten Rang. Äußerst positiv hingegen sticht die hohe Investitionstätigkeit ins Auge: Vom hinteren elften Platz 1998 erreicht Thüringen durch die größte Investitionsausweitung den zweiten Platz hinter Sachsen. Ebenfalls sehr gut, wenn auch von der Entwicklung her negativ, steht Thüringen bei der Sozialhilfequote da: Der ehemalige Tabellenführer wurde von Bayern und Baden-Württemberg überholt und muss sich nun mit dem dritten Platz zufrieden geben.

- ⊙ **Schleswig-Holstein** weist von allen westdeutschen Bundesländern die schwächste Wirtschaftsperformanz aus. Gab es 1998 noch eine klare Trennung zwischen dem westdeutschen Mittelfeld und der ostdeutschen Schlussgruppe, so ist diese 2002 nicht nur verschwunden, sondern es kommt zu einer ersten Durchmischung durch den Aufstieg Thüringens. Der Platzverlust Schleswig-Holsteins (nun Platz neun) und das Näherrücken der Schlussgruppe ist jedoch nicht auf eine Verschlechterung Schleswig-Holsteins, sondern vor allem auf eine Verbesserung Thüringens und Sachsens zurückzuführen. Bei allen drei Bruttowertschöpfungsindikatoren landet Schleswig-Holstein auf dem sechsten Platz, bei den Insolvenzen gleich bleibend auf dem siebten. Ein großes Defizit zeigt sich jedoch bei den Investitionen: Schleswig-Holstein rutscht hier vom vorletzten auf den letzten Platz. Ebenfalls nur den zwölften Platz erreicht das Land bei der Sozialhilfequote, bei der nur noch das Saarland schlechter abschneidet.
- ⊙ Zwar kann **Sachsen** nur einen Rang gut machen und sich hinter Schleswig-Holstein auf dem zehnten Platz positionieren, jedoch findet mit dem absolutem Wachstum der gesamten Wirtschaftsperformanz ein Anschluss an das untere Mittelfeld statt. Hauptproblem, durch das dieser Anschluss verfehlt wurde, ist der starke Anstieg der Sozialhilfequote: Sachsen fällt hier vom zweiten auf den sechsten Platz. Jedoch ist der Anstieg der Sozialhilfequote eine Entwicklung, die allen ostdeutschen Bundesländern gemein ist. Positive Entwicklungen verzeichnete Sachsen vor allem bei den Investitionen, bei denen nach einem Aufstieg um vier Plätze nunmehr der erste Platz eingenommen wird. Ebenfalls positiv, wenn auch noch auf einem hohen Niveau: Sachsen konnte als einziges Bundesland neben dem Saarland trotz des neuen Insolvenzrechts die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen senken und somit zwei Plätze auf den zehnten Platz steigen.
- ⊙ Im Gegensatz zu Thüringen und Sachsen können **Brandenburg** und **Mecklenburg-Vorpommern** keine nennenswerten Verbesserungen in der Gesamtperformanz erzielen. **Brandenburg** verliert durch den Aufstieg Sachsens einen Platz und belegt nun Platz 11. Trotz absoluten Verbesserungen schafft das Land es nicht sich vom letzten Platz bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe zu lösen. Diesen absoluten Verbesserungen stehen jedoch bei der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe

die stärksten Rückgänge aller Bundesländer gegenüber. Dadurch verliert Brandenburg in diesem Bereich seinen Anschluss an das Mittelfeld.

- ⊙ Ebenso wie Brandenburg weist auch **Mecklenburg-Vorpommern** große Schwächen bei den Bruttowertschöpfungsindikatoren auf und belegt je nach Indikator die Plätze 11 bis 13. Im Gegensatz zu Brandenburg nimmt Mecklenburg-Vorpommern jedoch auch bei den Investitionen nur den zwölften Platz ein (Brandenburg: Platz sechs). Von den Entwicklungen her stechen die Insolvenzen besonders negativ hervor: Hier verschlechtert sich das Land um drei Plätze und belegt nun hier ebenfalls den zwölften Platz. Dementsprechend ist auch noch ein deutlicher Abstand zwischen den Performanzwerten von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auszumachen.
- ⊙ Eindeutiger Verlierer des Rankings, sowohl in absoluter als auch relativer Hinsicht, ist **Sachsen-Anhalt**. Die Wirtschaftsperformanz verschlechtert sich hier über den betrachteten Vergleichszeitraum drastisch, parallel dazu verliert Sachsen-Anhalt seinen ehemals neunten Platz und landet nun als Schlusslicht der Tabelle knapp unterhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Dabei ist die Entwicklung der Einzelindikatoren durchaus nicht homogen: So kann Sachsen-Anhalt bei der Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsgewerbe den größten Zuwachs aller Bundesländer aufweisen und, damit zusammenhängend, dies ebenso bei der Bruttowertschöpfung pro Kopf. Dem stehen jedoch ebenso die größten Verschlechterungen aller Bundesländer gegenüber. So vor allem bei den Investitionen, bei denen das Bundesland vom ehemals ersten auf den zehnten Platz absackt. Aber auch bei der Sozialhilfequote sowie bei den Insolvenzzahlen weist Sachsen-Anhalt die größten Anstiege auf, wobei bei letzterem wegen der Änderung des Insolvenzrechts Vorsicht geboten ist.

Schaubild 9: Wirtschaftsranking 1998

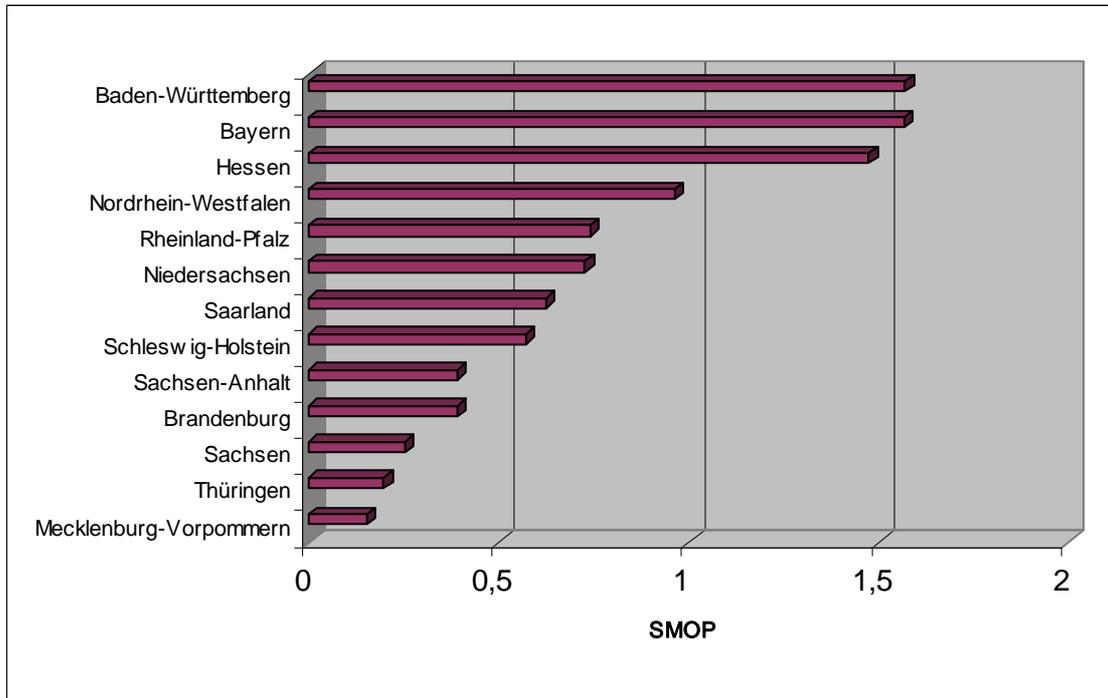
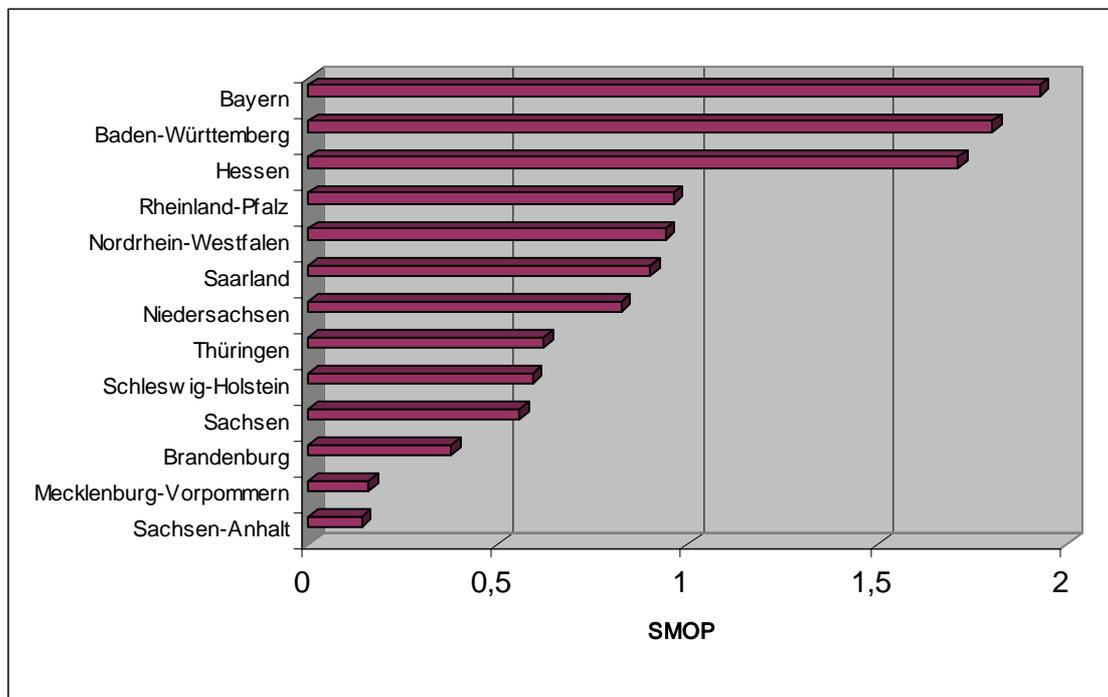
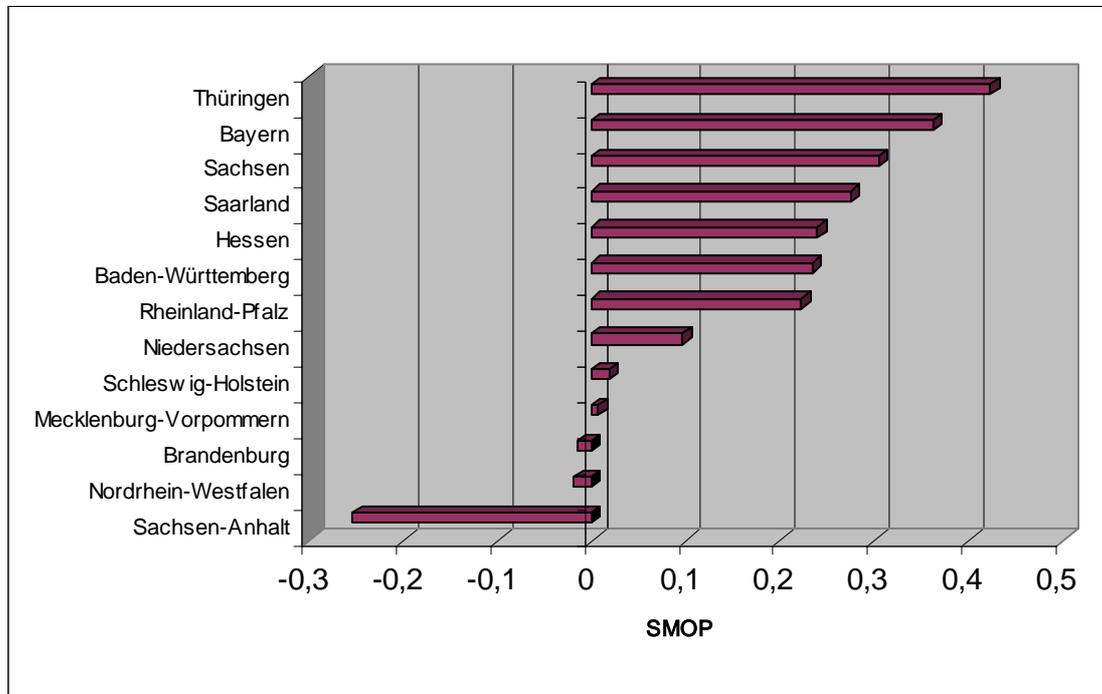


Schaubild 10: Wirtschaftsranking 2002

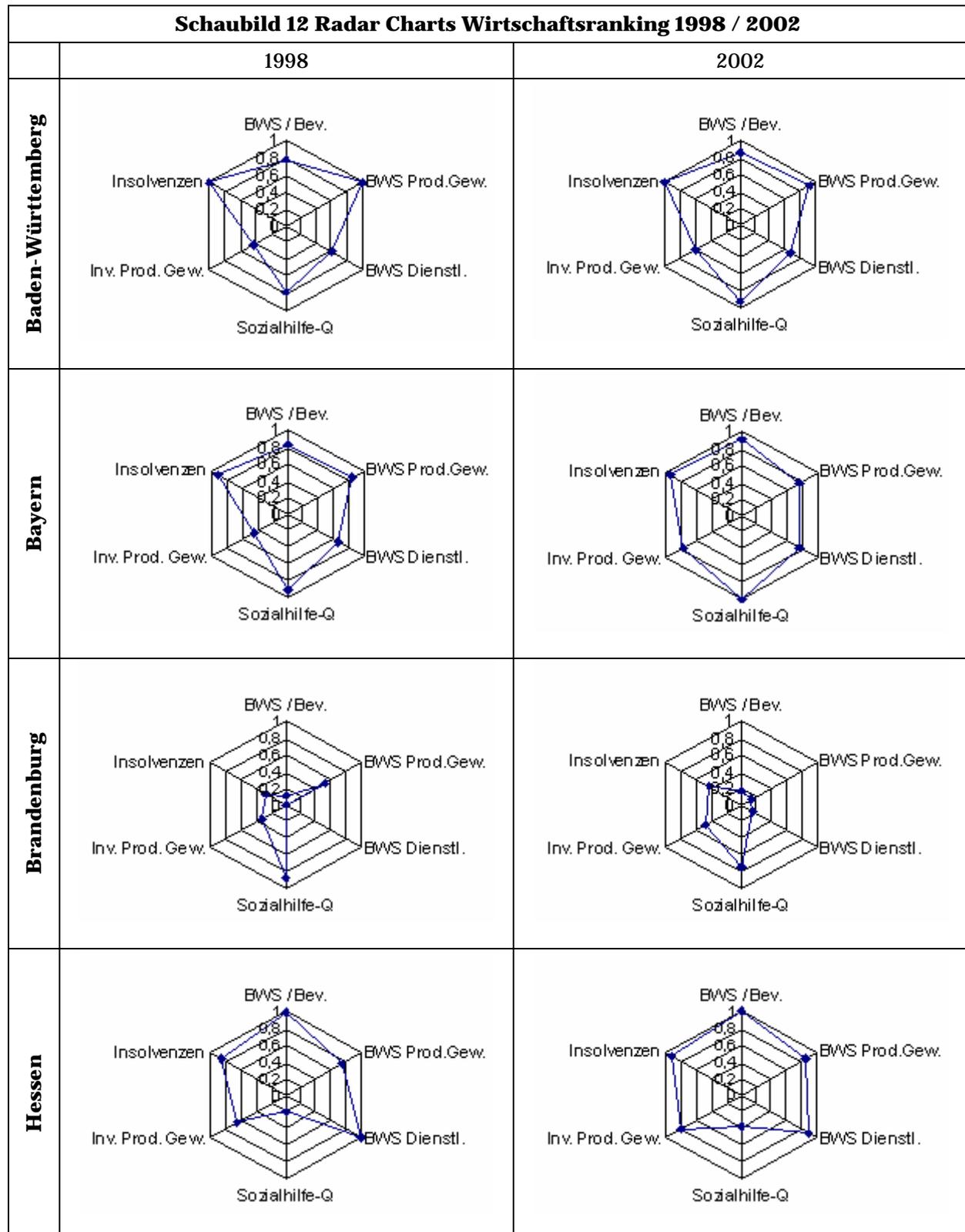


**Schaubild 11: Wirtschaftsranking
Veränderung SMOP 1998-2002**

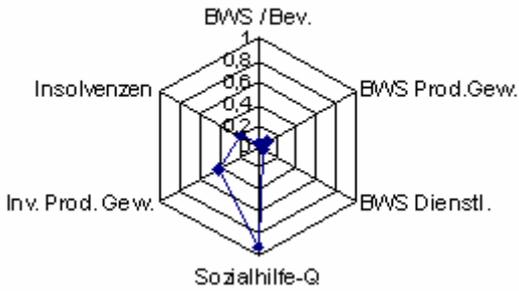
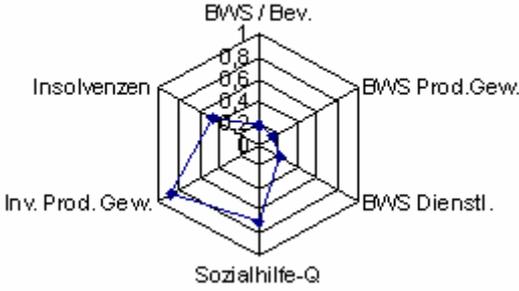
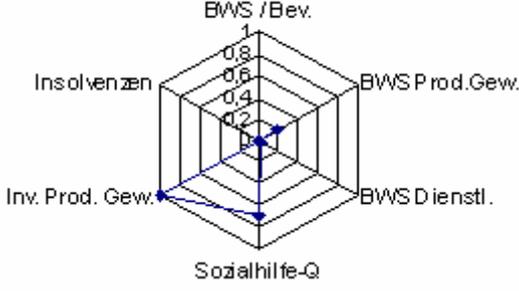
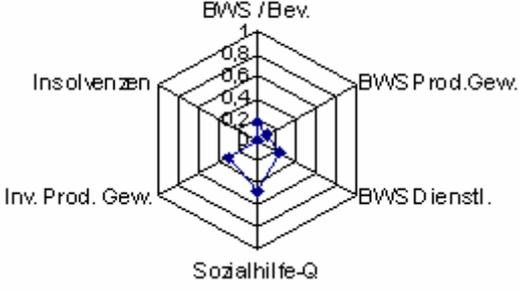
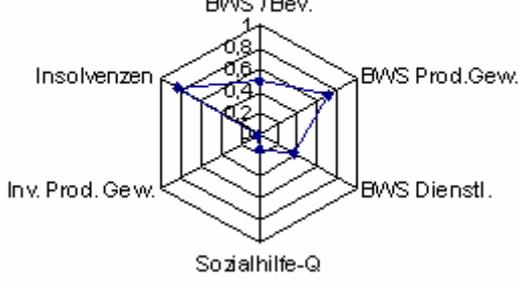
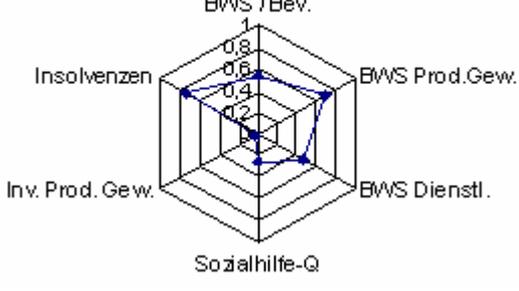
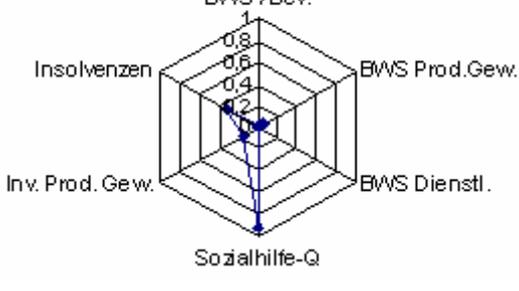
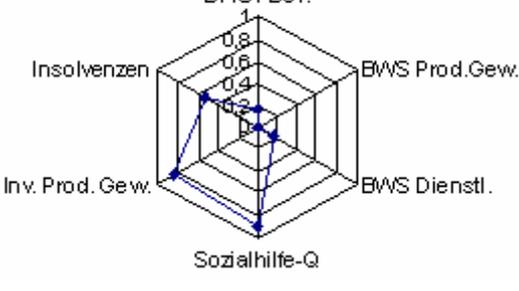


Die Veränderung des SMOP-Wertes zwischen den beiden Vergleichsjahren erlaubt eine Interpretation der absoluten Veränderungen der gesamten Wirtschaftsperformanz. Während vier Bundesländer (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen) in ihrer Wirtschaftsleistung nahezu konstant blieben, verschlechterte sich nur ein Bundesland: Sachsen-Anhalt – dies dafür jedoch ziemlich stark. Die beiden Bundesländer mit der besten Performanz-Entwicklung sind Thüringen und Bayern.

Schaubild 12 Radar Charts Wirtschaftsranking 1998 / 2002



Mecklenburg-Vorpommern		
	Niedersachsen	
Nordrhein-Westfalen		
	Rheinland-Pfalz	
Saarland		

<p>Sachsen</p>		
<p>Sachsen-Anhalt</p>		
<p>Schleswig-Holstein</p>		
<p>Thüringen</p>		

Literatur

- Arndt, Hans-Wolfgang/Dohnanyi, Klaus von/Schneider, Hans-Peter/Süssmuth, Rita/ Weidenfeld, Werner (2000): Entflechtung 2005. Zehn Vorschläge zur Optimierung der Regierungsfähigkeit im deutschen Föderalismus, Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Auer, Peter (1998): Monitoring Labour Market Policy in EU Member States, in: Auer, Peter (ed.); Employment Policy in Focus, Berlin: Institute for Applied Socio-Economics, 232-245.
- Bandemer, Stephan von (1998): Benchmarking, in: Blanke, Bernhard et al. (Hrsg.); Handbuch zur Verwaltungsreform, Opladen: Leske und Budrich, 362-369.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2004): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin (auch unter www.berlin-institut.org).
- Benchmarking Center (2000): Die Idee des Benchmarking, Quelle: <http://www.avk.fhg.de/bmc/was/index.htm>; Zugriff: 12-27-2000.
- Bertelsmann Stiftung(Hrsg.) (2000): Internationales Beschäftigungs-Ranking 2000, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung(Hrsg.) (2003): Die Bundesländer im Standortwettbewerb, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Blancke, Susanne (2004): Politikinnovationen im Schatten des Bundes. Eine Untersuchung von Policy-Innovationen und -Diffusionen anhand der Arbeitsmarktpolitik der Länder, Opladen: Leske und Budrich.
- Blancke, Susanne/Lindlohr, Andrea/Schmid, Josef (2001): Wer führt? Ein Benchmarking der Bundesländer nach Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsindikatoren, WIP Occasional Paper Nr. 14-2001, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft. <http://www.sowi.uni-tuebingen.de/wip/public/WiPs/WIP-14.PDF>
- Blancke, Susanne/Hedrich, Horst/Schmid, Josef (2002): Bundesländer-Benchmarking 2002, WIP Occasional Paper Nr. 19-2002, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft. <http://www.sowi.uni-tuebingen.de/wip/public/WiPs/WIP-19.PDF>
- Blancke, Susanne/ Schmid, Josef (1998): Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich, EZFF Occasional Paper Nr. 18, Tübingen: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung.

- Blancke, Susanne/Schmid, Josef (1999): Innovation, Variation, Diffusion: Lernende Politik im Bundesstaat, in: WIP-Schwerpunktheft: Vom Vergleich zum Lernen. Zwei Beiträge zur materiellen Föderalismusanalyse, WIP Occasional Paper Nr. 11-1999, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft, 3-11. <http://www.sowi.uni-tuebingen.de/wip/public/WiPs/wip-11.pdf>
- Blancke, Susanne/Schmid, Josef (2000): Die Bundesländer in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, WIP Occasional Paper Nr. 12-2000, Tübingen: Institut für Politikwissenschaft.
- Braun, Dietmar (1996): Der Bundesdeutsche Föderalismus an der Wegscheide. Interessenkonstellationen, Akteurskonflikte und institutionelle Lösungen, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis, Jg. 7, Nr. 2, 101-135.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.4.2000: Benchmarking als Unternehmenspolitik.
- Männle, Ursula (1997): Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten des Föderalismus in Deutschland, in: ApuZ, B. 24, 3-11.
- Miegel, Meinhard (1998): Wettbewerb und Ergebnisgleichheit, in: WiSt, Jg. 27, Nr. 8, 1.
- Mosley, Hugh/Mayer, Antje (1999): Benchmarking National Labour Market Performance: A Radar Chart Approach, WZB Discussion Paper FS I 99 - 202, Berlin: WZB.
- OECD (1997): International Benchmarking. Experiences from OECD Countries. Paper Presented at a Confer-ence on International Benchmarking, Copenhagen 20-21 February 1997, Paris: OECD.
- OECD (div. Jg.): Employment Outlook, Paris: OECD.
- Prognos-AG (2004): Zukunftsatlas 2004, Berlin (auch unter www.prognos.com).
- Rosin, Nicole (2000): Benchmarking – durch Vergleichbarkeit und Wettbewerb zum beschäftigungspolitischen Erfolg? Teil 2, in: punkt, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen des Landes Berlin, 9. Jg., Nr 39, 7-9.
- Schmid, Josef (2000): Wie kann man von anderen Ländern lernen?, in: IAW Mitteilungen, Nr. 3, 4-12.
- Schmid, Josef (2001): Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat in Bundesstaaten, in: A. Benz / G. Lehmbruch (Hg.), Föderalismus. PVS-SH 32, Opladen, S. 279-305.

- Schmid, Josef/Blancke, Susanne (2001): Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Chancen und Restriktionen einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Föderalismus, Berlin: Sigma.
- Schütz, Holger/Speckesser, Stefan/Schmid, Günther (1998): Benchmarking Labour Market Performance and Labour Market Policies. Theoretical Foundations and Applications, WZB Discussion Paper FS I 98 - 295, Berlin: WZB.
- Schultze, Rainer-Olaf (2000): Indirekte Entflechtung: Eine Strategie für die Föderalismusreform?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 31, Nr. 3, 681-698.
- Tidow, Stefan (1999): Benchmarking als Leitidee, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 44. Jg., Nr. 3, 301-309.
- Toma, Andrea (1997): The European Commission initiatives in the field of benchmarking, in: Tronti, Leonello (ed.); Benchmarking Employment Performance and Labour Market Policies. Final Report. Berlin: Institute for Applied Socio-Economics, 164-174.